

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00  
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

## SCHATTEN DES ZWEITEN WELTKRIEGS Entgleisungen

# Verdunkelungen

**Eine konkrete Ausprägungsform des Rassismus ist zweifellos der öffentliche Aufruf zu Kaufboykotten gegen Produkte und Institutionen einer bestimmten Herkunft. Ennet dem Atlantik sorgen D'Amato, Bronfman und Konsorten für einen antischweizerischen Rassismus, diesseits des grossen Wassers bemühen sich «Schweizer Demokraten» um die Anheizung antisemitischer Reflexe. Beides ist aufs schärfste zu verurteilen. So geht es nicht!**

**FDP-GENERALSEKRETÄR  
JOHANNES MATYASSY,  
MURI BE**

Dass bestimmte amerikanische Bürger und jüdische Weltorganisationen versuchen, die Schweiz mit allen möglichen Wahrheitsverdrehungen schlechtzumachen, daran hat man sich schon fast gewöhnt. Ermüdend sind die immer neuen Verbalangriffe auf unser Land, schon fast abrufbar programmiert die Empörung, die wir jeweilen kundtun. Dies im Bewusstsein, dass voraussehende Parteifreunde sehr früh den Charakter der Attacken gegen die Schweiz erkannten. Durch die Veröffentlichung luscher Berichte (beispielsweise Schom I und II) versuchen verschiedene US-Akteure, der Schweiz das Etikett der Herzlosigkeit und der Habsucht umzuhängen. Zu diesem Zweck wird ein antischweizerischer Rassismus in den Vereinigten Staaten geschürt, der übel an Hetzkampagnen der überwunden geglaubten Art erinnert.

### «Demokraten» lassen die Maske herunter

SD-Zentralpräsident Rudolf Keller hat die «demokratische» Maske heruntergelassen. Durch seinen öffentlichen Aufruf zum Boykott amerikanisch-jüdischer Waren betreibt er Antisemitismus. Wer zum breiten öffentlichen Boykott aufruft gegen bestimmte Volksgruppen, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, er schüre auf Kosten dieser Volksgruppe rassistische Reflexe. Ein solches Spiel mit dem Feuer darf in einer demokratischen Gesellschaft nicht zugelassen werden. Rudolf Keller wird hiermit aufgefordert, seinen dümmlichen Boykottaufruf zu widerrufen.

### Aufruf an die besonnenen Kräfte

■ Die Schweiz muss ihre diplomatischen Kanäle intensiver nutzen als bisher: Der Druck zugunsten eines energischen Eingreifens der US-Regierung muss auf allen Ebenen aufgebaut werden.  
■ Parallel dazu ist der juristische Weg zu beschreiten.

Die Klage wegen Verletzung internationaler Handelsregeln vor der WTO ist einzureichen, sobald sich die Boykottdrohungen unmissverständlich konkretisieren. Es ist Aufgabe des Bundesrates, den richtigen Zeitpunkt für die Einreichung einer Klage festzulegen.

■ Drittens sind die sehr engen wirtschaftlichen Beziehungen zu Unternehmungen in den Vereinigten Staaten zu nutzen. Es gibt wenig, das einer amerikanischen Administration mehr Eindruck macht als die Androhung der Streichung von Wahlkampfmitteln. Amerikanische Geschäftspartner sind auf diese Möglichkeit der Einflussnahme hinzuweisen.

Unter der Dominanz der monetären Diskussion leiden insbesondere die berechtigten Anliegen von Holocaust-Opfern. Geschadet wird auch der berechtigten Suche nach Licht und Schatten in der Geschichte unseres Landes. Die Anstrengungen auf diesen Ebenen sind aber ungeachtet der verbalen Entgleisungen weiterzutreiben.

Noch ist die Trendwende zur Besserung in den schweizerisch-amerikanischen Beziehungen nicht erreicht. Durch rassistische Äusserungen beidseits des Atlantiks wird sie sich weiter verzögern. Dank dem geschlossenen Auftritt der offiziellen Schweiz und

**FDP SCHWEIZ**

### Inhalt

- Vorschau auf die Delegiertenversammlung vom 15. August 1998 in Delémont auf Seite **5**
- FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger sowie eine Kontroverse zur LSVA auf den Seiten **6, 10/11**
- Die Resultate der FDP-Aktion Arbeitsmarkt auf Seite **7**
- Die Auflösung des «Freisinn»-Wettbewerbs auf Seite **17**



dem sehr weit greifenden Konsens in unserem Land ist es aber immerhin gelungen, einen Keil zwischen die angreifenden Kräfte und

die US-Regierung zu treiben. Damit tritt deren Doppelzüngigkeit deutlich zu Tage. ■

# Auf nach Delémont!

**Am 14./15. August 1998 führt die FDP Schweiz in Delémont eine ausserordentliche Delegiertenversammlung durch.**

15. August 1998 wird die Schweizerische Verkehrspolitik diskutieren und die FDP-Parole zur Vorlage über die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) fassen. Wir erwarten eine spannungsgeladene DV voller interessanter Diskussionen.

Der Delegiertenrat wird am 14. August die Parolen zu der Initiative «10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Frauenrentenalters» und der VKMB-Denner-Initiative (sogenannte Kleinbauern-Initiative) fassen. Die Delegiertenversammlung vom

**Lesen Sie Genauerer zur DV auf Seite 5, und melden Sie sich an!**

SCHWEIZERISCHE  
LANDESBIBLIOTHEK  
HALMWYLSTRASSE 15  
3003 BERN  
61-84700011  
230

ASYLPOLITIK ◊ Einwanderungspolitik am Scheideweg

# Humanitäre Hilfe vor Ort

**Die Flüchtlingsbehörden erwarten 32 000 neue Asylgesuche bis Ende Jahr, was 10 000 weniger sind als im bisherigen Rekordjahr 1991.**

FDP-NATIONALRAT  
ERNST MÜHLEMANN,  
ERMATINGEN (TG)

Diese alarmierende Tatsache wird noch verschärft durch die Erkenntnis, dass wir einen Drittel der exilierten Kosovo-Albaner in der Schweiz aufgenommen haben, nämlich 165 000. Niemand soll behaupten, dass unser Land, Ort humanitärer Tradition, eine herzlose Flüchtlingspolitik betreibt. Doch sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass auch hier das Wort von Perikles gilt: «Jedes System geht an seiner Übertreibung zugrunde.» Wir haben heute einen so hohen Ausländerbestand, dass innenpolitische Konflikte entstehen, die sich zur landesweiten Krise entwickeln können.

Eine Rückführung abgewiesener Asylbewerber bringt wenig Entlastung, denn wer einmal längere Zeit in unserem Lande bleibt, kann fast nicht mehr ausgeschafft werden. Die Situation wird auch dadurch erschwert, dass wir als Nichtmitglied der EU bei den Asylabkommen im europäischen Verbund ausgeschlossen bleiben und noch stärkere Anziehungskraft für Flüchtlinge entwickeln. In solch kritischen Phasen suchen wir das Heil immer wieder in der juristischen Verfeinerung unserer Asylgesetzgebung und gebärden uns dabei oft päpstlicher als die Völkerrechtsexperten, ohne auch an die



**FDP-Nationalrat Ernst Mühleemann: «Angesichts solcher Notlage täte der Bundesrat gut daran, die Expertenberichte zur Einwanderungsproblematik aus der Zeit des Flüchtlingsdelegierten Peter Arbenz zu konsultieren.»**

praktischen Schwierigkeiten des Vollzugs zu denken. Ein Musterbeispiel ist der neue dringliche Beschluss zur Bekämpfung der Missbräuche durch papierlose Asylbewerber. Hier hat leider der Ständerat die harte Fassung des Nationalrates so aufgeweicht, dass die abschreckende Wirkung gering sein wird. Es ist deshalb verständlich, dass der neue Direktor des Amtes für Flüchtlingswesen, Jean-Daniel Gerber, oft fast resignierend über geringen Handlungsspielraum klagt.

## Humanitäre Hilfe vor Ort

Angesichts solcher Notlage täte der Bundesrat gut daran, die Expertenberichte zur Einwanderungsproblematik aus der Zeit des Flüchtlingsdelegierten Peter Arbenz zu konsultieren. Hier wird empfohlen, die humanitäre Hilfe vor Ort in den Dienst präventiver Massnahmen gegen unkon-

trollierbare Flüchtlingsströme zu stellen. Ich habe schon 1984 eine Motion eingereicht, um durch Entwicklungszusammenarbeit in Sri Lanka und Südindien die Einwanderung von Tamilen zu begrenzen. Ähnliches wurde später im Kurdenkonflikt und im Bosnienkrieg verlangt, leider ohne dass ernsthafte Aktionen durch die Bundesbehörden erfolgten. Heute stehen wir im Fall Kosovo wieder vor ähnlichen Problemen, wobei wir uns hinter internationaler Zusammenarbeit verschanzen, um nicht eine mutige Vorreiterrolle spielen zu müssen. Es sind durch die serbische Säuberung Tausende von Flüchtlingen nach Nordalbanien und Montenegro ausgewichen. Die aussergewöhnliche Gastfreundschaft in dieser Region erlaubte bis jetzt eine Unterbringung in Privathäusern, doch da es sich um äusserst

arme Gegenden handelt, können diese Sofortmassnahmen nicht mehr lange andauern. Es ist deshalb nur eine Frage der Zeit, bis sich Flüchtlingsströme über Italien wieder Richtung Schweiz bewegen.

## Rückkehr in die Heimat wichtiger als Exildasein

Erfreulicherweise unterstützt die Schweiz mit Medikamenten und Nahrungsmitteln die internationalen Rahmenorganisationen und plant mit Experten des Katastrophenhilfekorps Aufbau und Betrieb von Flüchtlingsunterkünften. Dies genügt aber nicht, so dass der Bundesrat dem tatkräftigen Direktor des Amtes für Entwicklungszusammenarbeit, Walter Fust, grünes Licht für eine schweizerische Sonderaktion geben müsste. So sollten die hilfsbereiten, aber armen Gastgeber in Noralbanien und Montenegro mit Geld ver-

## ZUM THEMA

•••••  
*Eine Rückführung abgewiesener Asylbewerber bringt wenig Entlastung, denn wer einmal längere Zeit in unserem Lande bleibt, kann fast nicht mehr ausgeschafft werden.*

•••••  
*Es ist deshalb nur eine Frage der Zeit, bis sich Flüchtlingsströme über Italien wieder Richtung Schweiz bewegen.*

•••••  
*Diese Entwicklungszusammenarbeit könnte aber auch den arg gebeutelten Regionen im Balkan helfen, sich rasch aus der kommunistischen Vergangenheit zu lösen.*

sorgt werden. Gleichzeitig könnten menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte geschaffen und der Infrastrukturaufbau im Bereiche des Verkehrswesens und der Wasserversorgung in Angriff genommen werden. Das Schweizerische Katastrophenhilfekorps, unter Leitung des initiativen Charles Rädorsdorf hat diesbezüglich in Bosnien und Kroatien schon vorbildliche Arbeit geleistet.

Eine solche humanitäre Aktion käme weit billiger als die Aufnahme der Flüchtlinge in der Schweiz. Die aus dem Kosovo vertriebenen Menschen würden diese Hilfe dankbar entgegennehmen, denn eine Rückkehr in die Heimat ist ihnen wichtiger als das Exildasein in der Schweiz. Diese Entwicklungszusammenarbeit könnte aber auch den arg gebeutelten Regionen im Balkan helfen, sich rasch aus der kommunistischen Vergangenheit zu lösen. Der Bundesrat tut gut daran, durch tatkräftiges Handeln das schweizerische Image zu verbessern. ■

IM GESPRÄCH ◦ Andrea Hodel-Schmid, Zug

# «Chancen ergreifen»

**WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?**

Das Zurückziehen und Verharren in Althergebrachtem.

**WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?**

Sie eröffnet neue wirtschaftliche Perspektiven, öffnet neue Märkte, führt zu einer stabileren Friedenspolitik, ist letztlich zum Wohle des einzelnen Bewohners, der einzelnen Bewohnerin der Schweiz.

**«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?**

Nein, diese Aussage trifft nicht zu. Gerade das Umgekehrte ist oftmals der Fall, indem der Minderheitenschutz dazu führen kann, dass zielgerichtete Vorwärtsstrategien immer wieder verunmöglicht werden.

**WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?**

Sachlichkeit, Standhaftigkeit, Gradlinigkeit.

**WARUM SIND SIE BEI DER FDP?**

Die Partei der Wirtschaft mit einer klaren Linie, ohne die soziale Verantwortung gegenüber Mitmenschen zu vergessen.

**WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?**

Die Stärken der FDP liegen sicher in der Sachlichkeit, mit welcher sie sämtliche Themen aufarbeitet, sowie ihre Leitlinie, dass nur mit

wirtschaftlichem Erfolg auch die weiteren Aufgaben im Sozial- und Umweltsowie in weiteren Bereichen wahrgenommen werden können.

Die Schwächen der FDP liegen sicher in der Tendenz zum Verharren und in den teilweise schwerfälligen und auch verkrusteten internen Organisationsstrukturen.

auf das Gemeinwohl und die Selbstverantwortung.

**WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?**

Fatalismus und die Desintegration von immer mehr Personen, insbesondere, soweit es das öffentliche Geschehen betrifft.

**WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR**



FDP-Kantonsrätin Andrea Hodel-Schmid: «Die Vielfalt in der Kleinheit der Schweiz gefällt mir.»

**DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?**

Jede Art von Erfindung ist wichtig, denn sie führt uns immer, wenn auch in noch so kleinen und im ersten Augenblick nicht als nutzbringend erscheinenden Schritten ein Stückchen weiter in der Bewältigung der anstehenden Probleme.

**WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?**

Die Vielfalt in der Kleinheit.

**WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?**

Das Verantwortungsbeusstsein der politischen und wirtschaftlichen Führung, aber auch jedes einzelnen Bürgers oder jeder Bürgerin im Hinblick

Einen Beruf, der aus der Verbindung zwischen nationalökonomischen und technischen Kenntnissen besteht, wobei ich festhalten muss, dass mir die Jurisprudenz sehr gut gefällt, ich manchmal jedoch noch mehr von den wirtschaftlichen Zusammenhängen verstehen möchte.

**WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?**

Frau Kleiner, Vizepräsidentin der FDP Schweiz, weil sie als Frau in der FDP eine Spitzenposition als Quereinsteigerin erreicht hat und über ihr Exekutivmandat immer wieder ver-

**STICHWORTE**

**INTERNET:** zukunftsweisend.

**SOZIALSTAAT:** Abwendung von Not und Armut / keine Vollkaskoversicherung.

**NEAT:** Diese brauchen wir.

**AGRAPOLITIK:** Abbau von Subventionen.

**VERFASSUNGSREVISION:** Taten statt Worte.

**«ARENA»:** Man besteht oder fällt durch.

mittelt zwischen dem Wünschbaren und dem Machbaren.

**WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?**

Musische Tätigkeiten. Dafür fehlt mir die Begabung, was ich manchmal bedaure.

**ZUR PERSON**

**NAME:** Hodel-Schmid Andrea

**GEBURTSDATUM:**

27. März 1963

**HEIMATORT:** Luzern, Hitzkirch und Willisau Land

**ZIVILSTAND:** verheiratet

**ADRESSE, WOHNORT:** Grabenstrasse 26, 6300 Zug

**AUSBILDUNG:** 1970–1976: Primarschule in Zug, 1976–1982: Kantonsschule Zug, Maturität Typus C, 1982–1987: Studium an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich, Lizentiat, Sept. 1989: Erwerb des Zugerischen Anwaltpatentes und Notariats am Obergericht des Kantons Zug.

**BISHERIGE BERUFLICHE TÄTIGKEIT:** 1988: Anwaltspraktikum bei RA lic.iur. Peter Studer, Bahnhofstrasse 27, Zug, 1989–1992: Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht des Kantons Zug, Aabachstrasse 3, Zug, 1992–1994: Mitarbeiterin in der Rechtsabteilung des Schweizerischen Bankvereins Zürich, Paradeplatz 6, Zürich, 1993–1994: Suppleantin am Obergericht des Kantons Zug, Aabachstrasse 3, Zug, Seit 1994: selbständige Rechtsanwältin im Anwaltsbüro Hotz & Hodel, Zug.

**SONSTIGE TÄTIGKEITEN:** Seit 1. 1. 95: Mitglied der FDP-Fraktion des Kantonsrates des Kantons Zug, Seit 1991: Vorstandsmitglied der Kommission Rechts- und Budgetberatungsstelle der Frauenzentrale Zug, Seit 1. 1. 96: Sekretärin des Gewerbeverbandes des Kantons Zug.

# Neuorientierung liberaler Ordnungspolitik?

**Freiheitliche Werte und liberale Ordnungskonzepte haben nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Anfang der neunziger Jahre zu einem weltweiten Siegeszug angesetzt. Doch was ist daraus mittlerweile geworden?**

Eine auf monetäre und fiskalische Disziplin sowie auf den freien Markt eingeschworene Wirtschaftspolitik hat in weiten Teilen der globalisierenden Weltwirt-

schaft unbestreitbare und zum Teil glanzvolle Erfolge erzielt, zumindest mit Blick auf die wichtigsten makroökonomischen Eckwerte wie reales Wirtschaftswachstum, Aussenhandel, Beschäftigung und Geldwertstabilität. Doch mit solchen Erfolgsgeschichten insbesondere im reformfreundigen angelsächsischen Raum kontrastieren wachsende gesellschaftliche Ängste vor Vereinzelung, Desolidarisierung und Verlust am Gemeinsinn. Solche Ängste sowie das Miss-



trauen gegenüber Zweidrittel-Gesellschaften im Bildungs-, Informations-

und Arbeitsbereich haben offensichtlich bewirkt, dass insbesondere im kontinentalen Europa – von einzelnen Länderausnahmen abgesehen – liberale Ordnungsprinzipien und stabilitätsorientierte Wirtschaftskonzepte, ungeachtet ihrer ökonomischen Erfolgsgarantie, zunehmend auf Widerspruch stossen. Diesbezügliche Kontroversen haben sich 1997 vor allem an den Auseinandersetzungen um die Interpretation und die Erfüllung der EWU-Konvergenzkriterien um die Arbeitsmarktflexibilisierung und um eine dirigistische Wirtschafts- und Sozialpolitik entzündet. Soviel jedenfalls steht fest: Würde das Rad – etwa im Sinne der französischen Regierungs-

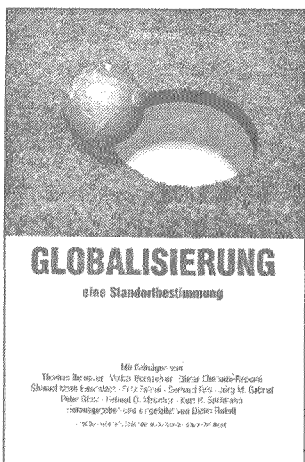
politik – zurückgedreht, so könnte dies die mitteleuropäische Problemwirtschaften in Zukunft noch deutlicher von der boomenden Weltwirtschaft abkoppeln.

Was ist in solcher Situation zu tun? Kann oder muss liberale Ordnungspolitik in Europa neu definiert, angepasst, konsequenter umgesetzt und/oder besser erklärt werden? Oder bedarf es in einem globalisierenden Umfeld verstärkter föderaler bzw. gesellschaftlicher Netze, um eine liberale stabilitätsgerichtete Wirtschaftspolitik erst politisch mehrheitsfähig zu machen?

Franz Jaeger, Winfried Stier (FEW-HSG) (Hrsg): Neue Konturen einer liberalen Wirtschaftspolitik. Chur, Rüegger 1998. 142 Seiten. ISBN 37253 0607 9.

# Breite Kreise betroffen

**Globalisierung meint die schrumpfende Bedeutung von Grenzen und Distanzen für internationale Beziehungen, vor allem internationale Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen, aber nicht nur diese. Die Sache an sich wird kaum mehr bestritten. Auf dem Weltbörsenplatz geht die Sonne nicht unter.**



Technische Innovationen im Bereich der Kommunikation und des Transportwesens erlauben den rasch expandierenden multinationalen Konzernen, deren 200 grösste fast 30% des Weltsozialprodukts erzeugen, ihre Aktivitäten über weite Distanzen hinweg schnell und problemlos zu koordinieren und gestatten ihnen damit die Einrichtung wirklich weltumfassender Produktions- und Absatzmärkte. Von der Globalisierung betroffen sind indes-

sen nicht nur die sogenannten Davos culture people (Huntington), also eine polyglotte und kosmopolitische Führungsschicht in weltweit tätigen Firmen. Als Konsumenten, mit CNN, Internet, günstigen Fernreisen und immer besserer und dennoch billigerer Unterhaltungselektronik haben breite Kreise Zugang zu den Segnungen der Globalisierung erhalten, um nur einige Beispiele zu nennen.

Dieselben breiten Kreise bekommen als Arbeitneh-

mer mit internationalem Konkurrenzdruck und massenhafter Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland aber auch die Herausforderungen der Globalisierung zu spüren. Trotz allem ist ein Abkoppeln vom dynamischen Weltmarkt inzwischen für kaum eine Regierung eine realistische Option, wären doch die mittel- und langfristigen Wohlstandsverluste einer Isolation inakzeptabel. Zu bremsen ist der globale Markt nicht. Der Geist ist aus der Flasche, mehr noch: Die Globalisierung setzt gewaltige Kräfte frei, deren Nutzung jedoch weise geschehen muss, damit sie Wohlstand und Frieden und nicht Armut und Zerstörung hervorruft.

Der vorliegende Band enthält die Vorträge des Instituts für Auslandforschung im Rahmen seines Zyklus zur Globalisierung vom Wintersemester 1997/98. In einer Anspielung auf Marshall McLuhans damaligem Diktum

vom Global village zeichnet Dieter Chenaux-Répond, Botschafter der Schweiz in Deutschland, die Welt als zunehmend unheimliches Dorf, in dem die Geborgenheit verschwinde, die Nationalstaaten auch dem Arbeitnehmer bieten mit sozialen Netzen und Regulierungen aller Art. Tatsache ist wohl, dass zumindest die Welt der OECD-Staaten längst globales Dorf geworden ist; sie hat sich vor allem modernisiert. Dass dies nun aber nicht zu ähnlichen Resultaten überall führen muss, zeigt der Soziologe Shmuel Noah Eisenstadt von der Hebrew University mit einem Blick auf Ostasien. Asien ist modern, aber anders. Im Grunde, so Eisenstadt, müssen wir uns nicht auf eine Moderne, sondern viele davon einrichten. Modernisierung heisst nicht Europäisierung.

Ein eher positives Bild der Globalisierung zeichnet Gerhard Fels, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln. In den OECD-Ländern seien nicht zuletzt dank Globalisierung seit 1970 bis zu 100 Millio-

nen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Wenn nun zunehmend industrielle Bereiche in die vormaligen Entwicklungsländer abwanderten, vor allem nach Asien, so müsse das nicht einen Wohlstandsverlust der alten Industriestaaten bedeuten, weil der Kuchen insgesamt wachse und die Märkte grösser würden. Der Medienexperte und Gründungsrektor der Universität Erfurt, Peter Glotz, rückte in seinem Beitrag die allzu phantastischen Globalisierungsvisionen der Netz-Enthusiasten zurecht. Das virtuelle Dorf des Internet sei die eine Welt; die andere, reale Welt sei aber immer noch die wichtigere. Wer wolle schon nur virtuell wohnen oder ernährt werden? Die Perspektive des Praktikers der Globalisierung bringt Helmut O. Maucher, Präsident von Nestlé, in die Debatte ein. Es gelte, mutig die Chancen der Globalisierung zu nutzen.

Dieter Ruloff (Hrsg): Globalisierung. Eine Standortbestimmung. Chur: Rüegger 1998. 150 Seiten. ISBN 3-7253-0606-0.

**PROGRAMM**

**Freitag, 14. August 1998**

Salle de l'Hôtel de Ville de Delémont  
Municipalité de Delémont, Hôtel de Ville,  
2800 Delémont

- 15.30 DELEGIERTENRATSSITZUNG**  
Statutarische Geschäfte  
Wahl Revisoren  
Aufnahmen in Ausschüsse  
**PAROLENFASSUNG ZUR VOLKSABSTIMMUNG VKMB**  
Referate von  
Ruedi Baumann (NR/G/BE), Pro  
Rolf Bütiker (SR/FDP/SO), Contra  
**PAROLENFASSUNG ZUR VOLKSABSTIMMUNG FÜR  
DIE 10. AHV-INITIATIVE OHNE ERHÖHUNG DES  
RENTENALTERS**  
Podiumsdiskussion unter der Leitung von  
Martin Senn, Redaktor «Weltwoche»  
Teilnehmerinnen/Teilnehmer:  
Ursula Hafner (NR/SP/SH), Pro  
Liliane Maury Pasquier (NR/SP/GE), Pro  
Christine Beerli (SR/FDP/BE), Contra  
Erika Forster (SR/FDP/SG), Contra  
Martin Meyer (Vorstand Jungfreisinnige  
Schweiz, SZ), Contra  
Anschliessend Apéritif

**Ausserordentliche  
Delegiertenversammlung**

**Schweizerische Verkehrspolitik:  
Positionen der FDP**

Comptoir delémontain, Halle des expositions,  
Rue Emile-Boéchet 60, 2800 Delémont

**Samstag, 15. August 1998**

- 10.15 BEGRÜSSUNG UND ANSPRACHE DURCH DEN  
PARTEIPRÄSIDENTEN, NATIONALRAT FRANZ  
STEINEGGER, FLÜELEN (UR)**  
**BEGRÜSSUNG DURCH FRAU ANITA RION, REGIE-  
RUNGSRÄTIN DES KANTONS JURA**  
**10.45 SCHWEIZERISCHE VERKEHRSPOLITIK**  
Einführungsreferat von Dr. Max Friedli,  
Direktor Bundesamt für Verkehr  
**11.15 POSITION DER FDP: PRÄSENTATION VERKEHRS-  
PAPIER FDP**  
Diskussion der Thesen, Bereinigung der  
Anträge  
Verabschiedung des Positionspapiers  
**12.15 APÉRITIF OFFERIERT VOM KANTON JURA UND  
STEH-LUNCH**  
**13.15 PAROLENFASSUNG LSVA**  
Einführungsreferate durch:  
Duri Bezzola (NR/GR), Pro  
Ulrich Fischer (NR/AG), Contra  
Diskussion  
**STELLUNGNAHME DES BUNDESRATES  
VOTUM VON BUNDESRAT KASPAR VILLIGER,  
CHEF EFD**  
Parolenfassung  
Schlusswort des Parteipräsidenten

**15. AUGUST 1998** ◉ *Delegiertenversammlung in Delémont*

# Welche Verkehrs- politik wollen wir?

**Die FDP wird an der ausserordentlichen Dele-  
giertenversammlung vom 15. August 1998 in  
Delémont ihre Parole zur Leistungsabhängigen  
Schwerverkehrsabgabe (LSVA) fassen. Gleich-  
zeitig wird ein verkehrspolitisches Position-  
papier diskutiert und verabschiedet.**

LSVA eine breite Diskus-  
sion und Beschlussfassung  
über ein verkehrspolitisches  
Positionspaper durchzu-  
führen. Der Entwurf dieses  
Papiers ist gegenwärtig bei  
den Kantonalparteien und  
den Delegierten in Ver-  
nehmlassung.

Am 27. September 1998  
stehen neben der Abstim-  
mung über die LSVA noch  
die sogenannte Kleinbau-  
ern-Initiative und die Initia-  
tive «für die 10. AHV-Revi-  
sion ohne Erhöhung des  
Rentenalters» an. Die Para-  
len zu diesen zwei Vorlagen  
werden im Delegiertenrat  
gefasst. Der Delegiertenrat  
wird medienöffentlich  
durchgeführt.

GUS. Die LSVA scheidet  
die Geister. Während die  
Befürworter sie als ver-  
kehrs- und europapolitische  
Notwendigkeit bezeichnen,  
ist sie für die Gegner eine  
neue Steuer (vgl. Seiten 6,  
10 und 11 dieser Ausgabe).  
Die eidgenössischen Räte  
verabschiedeten das ent-  
sprechende Bundesgesetz  
am 19. Dezember 1997 mit  
grossem Mehr. Anfang Ja-  
nuar 1998 startete die  
ASTAG die Sammlung der  
Unterschriften für ein Refe-  
rendum gegen dieses Ge-  
setz, das drei Monate später  
mit knapp 190 000 gültigen  
Unterschriften eingereicht  
wurde. Für Aufregung sorg-

ten zwischenzeitlich die Te-  
lefonate von SVP-National-  
rat Ulrich Giezendanner  
während der Verhandlun-  
gen direkt aus dem Bundes-  
haus und ein Brief von  
ASTAG-Direktor Michel  
Crippa an den deutschen  
Verkehrsminister. Der Bun-  
desrat hat die Volksabstim-  
mung über dieses Bundes-  
gesetz auf den 27. Septem-  
ber 1998 angesetzt. Es steht  
ein verkehrspolitisch heis-  
ser Herbst bevor.

**Verkehrspolitik  
breiter angehen**

Die FDP nutzt die Gelegen-  
heit, um anlässlich der Pa-  
rolenfassung über die



## Anmeldung

**Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder  
herzlich eingeladen.**

**Bitte melden Sie sich mit dem Talon an:**

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

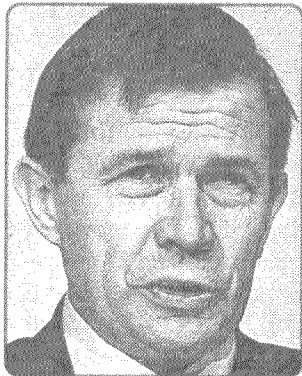
Bitte möglichst rasch einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP der Schweiz, Anmeldung  
DV Delémont, Postfach 6136, 3001 Bern. Fax (031) 320 35 00, e-mail: gs@fdp.ch

27. SEPTEMBER 1998 ○ LSVA als wirksames Instrument

# Verkehrs- und europapolitische Notwendigkeit

**Die Unterstützung einer neuen Steuer muss für die FDP stets an gute Gründe und eine effiziente Zielerreichung geknüpft sein. Die LSVA erfüllt diese Kriterien. Sie wird aus guten Gründen eingeführt und ist zielgerichtet ausgestaltet.**

**FDP-PARTEIPRÄSIDENT UND NATIONALRAT FRANZ STEINERGER, FLÜELEN (UR)**



Unser Land steht in wichtigen Verhandlungen über die bilateralen Abkommen mit der EU. Dabei ist klar, dass diese nur abgeschlossen werden können, wenn die Schweiz für 40-Tonnen-Fahrzeuge zugänglich wird. Auch bei jeder anderen europapolitischen Option, sowohl bei einem EWR II wie bei einem Beitritt zur Europäischen Union, wird die Schweiz die 28-Tonnen-Limite durch andere Schutzmassnahmen ersetzen müssen. Dies hat bis zum Jahre 2005 zu geschehen, denn dann läuft der Transitvertrag aus, und eine einseitige Verlängerung der 28-Tonnen-Limite durch die Schweiz würde unser Verhältnis zu Europa, zu unserem wichtigsten Handelspartner, massiv verschlechtern. Doch eine Aufgabe der 28-Tonnen-Limite ohne flankierende fiskalische Schutzmassnahmen wäre verkehrspolitisch eine Katastrophe und liesse sich innenpolitisch auch kaum durchsetzen.

## LSVA schlägt Brücke

Die LSVA schlägt eine Brücke zwischen den Ansprüchen der europäischen Verhandlungspartner und den innenpolitischen Be-

strebungen in der Verkehrspolitik. Unsere Partei erhebt den Anspruch, mit konkreten Vorschlägen Lösungen anzubieten und zu deblockieren. Die LSVA leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag. Dies ist der Grund, warum sie von der FDP unterstützt wird.

Um eine europapolitische Einigung zu erzielen und gleichzeitig den Güterverkehr auf die Bahn umzulagern, ist die LSVA in vielfältiger Hinsicht das geeignete Instrument. Sie ist europakompatibel, fördert den Umlagerungseffekt und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der NEAT und anderer Bahngrossprojekte. Auch diese sind aus europa- und verkehrspolitischen Gründen notwendig.

## Umlagerungshebel

Ohne diesen Umlagerungshebel und ohne parallel dazu zu schaffende attraktive Bahnangebote wird der in- und ausländische

Transportmarkt die Einladung, bei Umlagerungsmassnahmen im grossen Stil mitzumachen, kaum je annehmen. Sicher ist andererseits aber, dass ein allfälliger Erfolg des Anti-LSVA-Referendums die rasche Umsetzung der bilateralen Verträge arg behindern würde.

Aber auch ohne Abkommen mit der EU macht die LSVA Sinn, denn sie ist gleichzeitig Teil der Umsetzung des Alpenschutzartikels. Die Diskussion über den zukünftigen Preis einer Transitfahrt stellt den Sinn der LSVA und die Finanzierung der NEAT nicht in Frage.

## LSVA ermöglicht Abschluss der bilateralen Verhandlungen

Wer gegen die LSVA ist, hat eine Alternative vorzulegen. Eine Alternative, die sowohl den Umlagerungs-

effekt herbeiführt als auch die Bahninfrastruktur mit finanziert und europakompatibel ist. Die LSVA finanziert das Angebot einer attraktiven Bahn und fördert gleichzeitig die Nachfrage nach diesem. Sie ermöglicht den Abschluss der bilateralen Verträge mit der EU. Zudem ist sie flexibel ausgestaltet, so dass auf wirtschaftliche Interessen Rücksicht genommen werden kann. Sie ist somit ein wirksames und effizientes Instrument, um die europa- und verkehrspolitischen Ziele zu erreichen.

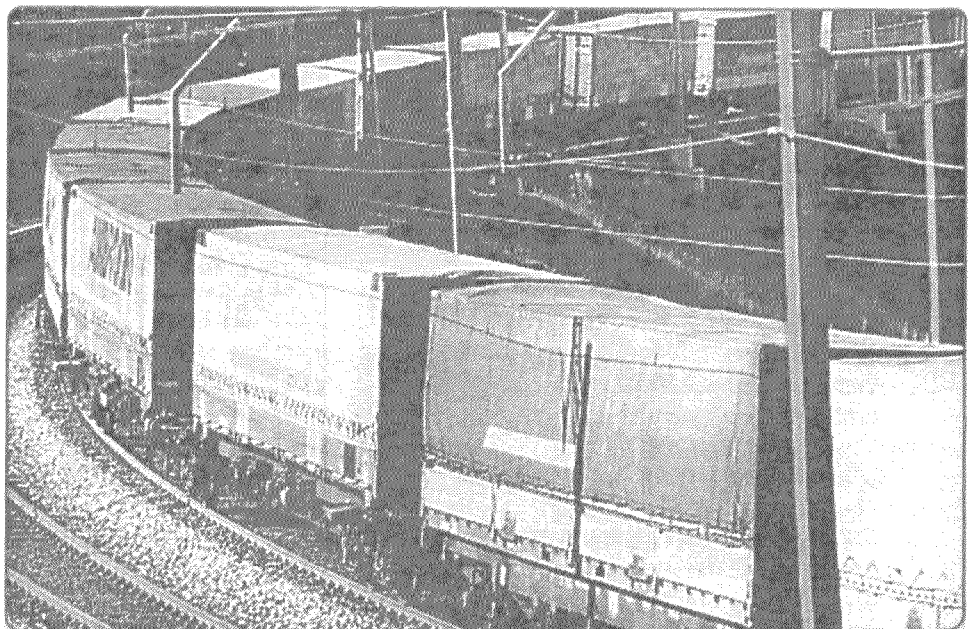
Bisher konnten die Gegner der LSVA noch keine konkreten Vorschläge machen, mit welchen anderen Massnahmen diese Ziele sonst erreicht werden könnten. Und solange diese Vorschläge nicht vorliegen, unterstützt die FDP die Einführung der LSVA.

## ZUM THEMA

.....  
*Eine Aufgabe der 28-Tonnen-Limite ohne flankierende fiskalische Schutzmassnahmen wäre verkehrspolitisch eine Katastrophe und liesse sich innenpolitisch auch kaum durchsetzen.*

.....  
*Unsere Partei erhebt den Anspruch, mit konkreten Vorschlägen Lösungen anzubieten und zu deblockieren. Die LSVA leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag.*

.....  
*Die LSVA finanziert das Angebot einer attraktiven Bahn und fördert gleichzeitig die Nachfrage nach diesem. Sie ermöglicht den Abschluss der bilateralen Verträge mit der EU.*



Die LSVA ist flexibel ausgestaltet, so dass auf wirtschaftliche Interessen Rücksicht genommen werden kann.

AKTION «ARBEITSMARKT»  Die Resultate

# Arbeitsmarkt durchleuchtet: grosser Handlungsbedarf

Von Februar bis April 1998 hat die FDP Schweiz – unter anderem auch via «Freisinn» (Nr. 3, S. 15) – eine Umfrage bei Arbeitgebern durchgeführt, welche Aufschlüsse über die Richtigkeit einiger Thesen zum Arbeitsmarkt geben sollte. Die Resultate liegen nun vor. Grosse Verbesserungspotentiale bestehen bei den Weiterbildungsanstrengungen und den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV).

FDP-GENERALSEKRETÄR  
JOHANNES MATYASSY,  
MURI (BE)

Hauptergebnis der Umfrage ist die Bestätigung der These, wonach ein bedeutender Teil der offenen Stellen wegen mangelnder Übereinstimmung zwischen den Qualifikationen der Stellensuchenden und den Anforderungen der Arbeitsplätze entstehen. Die These, wonach die staatlichen Vermittlungsdienste wenig erfolgreich arbeiten, wurde ebenfalls bestätigt. Allerdings ist beizufügen, dass viele offene Stellen den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) erst gemeldet werden, wenn alle andern Suchmethoden nicht zum Erfolg geführt haben. Es scheinen beträchtliche Unterschiede in der Beurteilung der RAV-Tätigkeit der verschiedenen Kantone zu bestehen.

## Weiterbildungsoffensive

Die FDP ist mit der Absicht in die Aktion gestartet, sich ein eigenes Bild vom Arbeitsmarkt machen zu können. Wir haben viele sehr eindrückliche Beispiele erhalten, mit welchen Problemen sich die Akteure auf dem Arbeitsmarkt herumschlagen müssen. Mit der Analyse alleine ist es aber

nicht getan. Nun ist die Politik gefordert. Wir haben aus den detaillierten Ergebnissen folgende Forderungen identifiziert:

■ Raschere Anpassung des Aus- und Weiterbildungssystems an Veränderungen: Unser Bildungssystem ist offenbar nur ungenügend in der Lage, rasch und effizient auf Veränderungen zu reagieren. Hier ist mehr Wettbewerb gefordert.

■ Weiterbildungsoffensive für weniger qualifizierte Personen: Vor allem jene bilden sich weiter, die bereits gebildet sind. Mittels Anreizen – zum Beispiel steuerlicher Art für Arbeitnehmer und -geber – sind die weniger gut ausgebildeten Menschen zur Weiterbildung zu motivieren.

■ Weiterbildungsurlaub: Die Arbeitgeber sind gefordert, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bezahlte Weiterbildung zu ermöglichen und Beratung bezüglich nutzbringender Weiterbildung zu leisten. Diesem Bedürfnis nachzukommen ist insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit beschränkten personellen und finanziellen Ressourcen schwierig. Unterstützung ist notwendig.

■ Zuweisungen zum Kursbesuch durch die RAV: Teure Alibiübungen sind zu



FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy: «Wir haben sehr eindrückliche Beispiele erhalten, mit welchen Problemen sich die Akteure auf dem Arbeitsmarkt herumschlagen müssen.»  
(Photo ruti)

vermeiden. Noch stärker als bisher müssen die Kurse die Vermittlungstätigkeit tatsächlich steigern, indem sie einerseits besser auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, andererseits besser auf die Fähigkeiten und Neigungen der Stellensuchenden ausgerichtet sind.

## Mittelfristig Bezugsdauer für ALV-Gelder flexibler gestalten

Im Zusammenhang mit der sehr attraktiven Ausgestaltung des schweizerischen Arbeitslosenversicherungsrechts kam es nach der Abstimmung vom September 1997 zu einer eigentlichen Tabuisierung von Leistungskorrekturen. Nun zeigt es sich, dass sich eine derart unflexible Haltung mittelfristig nicht aufrechterhalten lässt, ist es doch in vielen Fällen die Attraktivität der Arbeitslosenversicherung, welche Stellenlose von der Annahme einer

Stelle abhält. Deshalb sind folgende Massnahmen zu ergreifen:

■ Überprüfung der Bezugsdauer von ALV-Leistungen: Studien belegen, dass eine kürzere mögliche Bezugsdauer Anreize für einen schnelleren Wiedereinstieg ins Berufsleben bietet. Auch im Zusammenhang mit dem Paket Sozialversicherungen bei den bilateralen Verhandlungen wird die lange Bezugsdauer in Frage gestellt werden müssen.

■ Sanktionsmöglichkeiten der RAV: Die Sanktionsmöglichkeiten bei Missbräuchen werden gegenwärtig zu defensiv angewendet. Die Kontrollen sind zu intensivieren.

■ Rekursmöglichkeiten: Heute kann gegen Entschiede der RAV kostenlos

rekurriert werden. Diese Möglichkeit führt im Arbeitslosenversicherungsbereich offenbar zu Missbräuchen und schränkt die Effizienz der Sanktionsmöglichkeiten stark ein.

## Für eine bessere Kundenorientierung der RAV

Eine der Hauptaussagen betrifft die Tätigkeit der RAV. Die Umfrage der FDP hat ein etwas differenzierteres Bild ergeben als die Qualitätsbeurteilung, die vom Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit (BWA) durchgeführt wurde. Zu fordern ist hier:

■ Kundenorientierung der RAV: Eine effizientere und wirkungsvollere Führungsarbeit durch das BWA im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung ist notwendig. Dazu sind die politischen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

■ Verselbständigung der Arbeitslosenversicherung und Reduktion der Zahl der Arbeitslosenkassen: Zu prüfen ist die massive Senkung der Zahl der Arbeitslosenkassen (heute 48) aus Gründen der Transparenz, der Gleichbehandlung und der Effizienz.

■ Beschäftigungsprogramme: Noch konsequenter als bisher ist sicherzustellen, dass keine privatwirtschaftlichen Unternehmungen durch diese staatlichen Programme konkurrenziert werden. ■

Die FDP-Fraktion ist bereits in der Sommersession mit zwei Interpellationen im Sinne der oben genannten Forderungen aktiv geworden.

KOLUMNE

# Warum noch Volkserziehungsheime?



Die paradiesische Verheissung oder apokalyptische Warnung, je nach Standpunkt, in der Schweiz könnten dereinst 500 Fernsehstationen empfangen werden, erfüllt sich Schritt für Schritt. Angekündigt sind neu Tele 24, Prime TV, TV 3 und das nationale Fenster von SAT 1; jenes von RTL dürfte wohl noch folgen. Und für einen Jugendkanal wird fleissig Geld gesucht. Wir können also sagen, dass jeder Zeitungstitel, der verschwindet, durch ein Fernsehprogramm ersetzt wird: ob vollwertig oder nicht, werden wir in naher Zukunft wissen.

So wie die Bilder in den Kirchen das mittelalterliche Belehrungsmedium waren, so dienen sie heute in den elektronischen Kathedralen und Kapellen der Unterhaltung und zuweilen der darin verpackten Information. Aber für einmal sei auf das kulturpessimistische Lamento verzichtet! Wer anspruchsvolle Zeitungen, Zeitschriften und Bücher sucht und anspruchsvolle Radio- und Fernsehsendungen, kommt durchaus auf seine Rechnung.

Wesentlich schwieriger ist es, in der Schweiz eine anspruchsvolle Medienpolitik zu finden. Was das federführende Departement entscheidet bzw. dem Gesamtbundesrat zur Ent-

scheidung vorlegt, passt meist zu Krähwinkel, aber nicht zu einem modernen Staat. Die Beschlüsse zeichnen sich aus durch kurzfristiges Denken, Kapriolen und eine unstillbare Sehnsucht nach der Reglementierung von Einzelheiten. Hinter so viel Angst vor dem Fernsehen verbirgt sich die schiere Angst vor dem Volk.

Die Forderung nach einer Medienpolitik, die sich aus den Fesseln der Tradition löst und vorausschauend Akzente setzt, muss konsensfähig werden. Das Postulat nach einer Gesetzgebung, die die Reservate verlässt und zu neuen Ufern aufbricht, ruft nach breiter Zustimmung. Aber weshalb

eigentlich eine Politik und warum ein Gesetz? Was politisch und juristisch mitunter reichlich naiv angestrebt worden ist, hat sich schlicht und ergreifend nicht erfüllt: Fernsehprogramme, die sich durchwegs an Menschen orientieren und nicht an Quoten, die sich um eine Kommunikationskultur bemühen und das seichte Geplapper meiden. Nichts von alledem! Die Ausnahmen bestätigen die Regel.

Bedeutet das niederschmetternd ernüchternde Ergebnis gesetzgeberischen Eifers, künftig noch engere Vorschriften zu erlassen und mit noch härteren Kontrollen zu drohen? Es wäre der Weg in die Sackgasse und hin zu Bürgerinnen und Bürgern am Gängelband. Wer senden will, soll senden, wer sehen und hören will, soll sehen und hören. Die Freiheit für

Radio und Fernsehen führt nicht zum Fall in die Tiefe der Unkultur. Die gedruckten Medien bestätigen es gar nicht schlecht. Zudem: die Unkultur eines medienpolizeilich aufgerüsteten Staates wäre weitaus schlimmer, ja katastrophal.

Wer mündig ist oder dafür gehalten wird, über komplizierte und komplexe Vorlagen an der Urne zu entscheiden, wird weiss Gott kompetent genug sein, jene elektronischen Programme zu wählen, die ihm behagen.

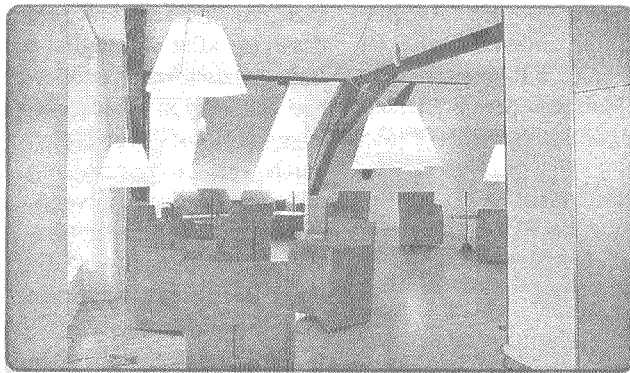
Zappen ist doch ein modernes Menschenrecht – das Vergnügen inbegriffen, die Freizeit nicht in einem Volkserziehungsheim abzusetzen.

*Alex Bänninger,  
Publizist, Präsident  
des Freisinnigen  
Presseverbandes  
der Schweiz, Zürich*

BERN Club Radical

# Allons-y les Radicaux!

Am 16. Juni eröffnete die Freisinnig-Demokratische Partei gegenüber dem Bundeshaus ihren «Club Radical». Präsident ist der Solothurner Nationalrat Peter Kofmel, Ehrenpräsident der Initiator, Bundesrat Pascal Couchepin.



In den Club-Räumen.

### Belebung des Dialogs

Ausgangspunkt war die Feststellung eines gewissen emotionalen Defizits in unserer Partei und des daraus resultierenden Wunsches nach einer Wiederbelebung des Dialogs zwischen freisinnigen Politikern, (noch) nicht unbedingt freisinnigen Intellektuellen und unserer Partei eher fern ste-

henden Künstlern. Der Club Radical vis-à-vis des Bundeshauses soll also ein Platz sein, wo man sich sieht, wo man sich trifft und sich spontan versteht. Der Club Radical ist aber auch ein Platz, wo man sich unterhalten kann – sei es im Gespräch mit Gleichgesinnten ... oder mit Andersdenkenden.

### Vielfältiges Angebot

Im Juni fanden die ersten Veranstaltungen im kleinen Rahmen statt: Nationalrat François Loeb berichtete über seine Eindrücke aus Israel, der Direktor der Sportschule Magglingen, Heinz Keller, machte sich Gedanken über die Zukunft des Sports in Europa und der Schweiz, und der Zürcher Theologe und Bestseller-

autor Ulrich Kellwolf las aus seinem neuesten Band. Nach der Sommerpause sind weitere interessante Veranstaltungen geplant.

### Interessiert? – Bestellen Sie detailliertere Unterlagen!

Im Club Radical können alle Mitglied werden, die sich dem liberalen Gedankengut verpflichtet fühlen. Füllen Sie den untenstehenden Talon aus, und senden Sie ihn an Club Radical c/o FDP Schweiz, Neuengasse 20, 3001 Bern; Fax (031) 320 35 00. Es würde uns freuen, auch Sie bald in unserem Klub begrüßen zu dürfen!

DIEGO OCHSNER,  
GESCHÄFTSFÜHRER  
CLUB RADICAL

«In diesen Räumen können Ideen geboren werden, die in den traditionellen Parteistrukturen sogleich an den Rand gedrückt würden.» Mit diesen Worten eröffnete Bundesrat Pascal Couchepin als Ehrenpräsident und Initiator im Berner Café Fédéral den Club Radical.

Ja, ich bin an einer Mitgliedschaft im Club Radical interessiert. Bitte senden Sie mir detailliertere Unterlagen!

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_



**PROGRAMM**

**Sommeruniversität 1998**

**Montag, 17. August 1998**

- 11.00 **OFFIZIELLE ERÖFFNUNG DER SOMMERUNIVERSITÄT 1998**  
Blaise Roulet, Secrétaire romand der FDP Schweiz  
Michael Huber, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, Verantwortlicher für das «Internet» der FDP Schweiz
- 12.00 Mittagessen
- 13.30 **DIE ZUKUNFT DER SOZIALPOLITIK**  
Deutsch: Christine Beerli, Ständerätin, Präsidentin der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung, Anwältin, Biel (BE)  
Französisch: Peter Tschopp, Nationalrat, Professor, Vandoeuvres (BE)
- 15.30 Pause
- 16.00 **DIE ZUKUNFT DER AGRARPOLITIK**  
Deutsch: Karl Tschuppert, Nationalrat, Landwirt, Ettiswil (LU)
- 18.00 Ende
- 18.30 Abendessen
- 20.15 **BUNDESRAT PASCAL COUCHEPIN, VORSTEHER DES EVD**  
Präsentation: Anita Rion, Regierungsrätin, Vorsteherin des Erziehungsdepartementes, Kanton Jura  
Diskussion  
«Vin d'honneur»  
offertiert vom Kanton Neuenburg

**Dienstag, 18. August 1998**

- 08.30 **BUNDESKANZLER FRANÇOIS COUCHEPIN**  
Deutsch und Französisch
- 10.15 Pause
- 10.30 **GESCHICHTE UND ZUKUNFT DES FREISINNS**  
Deutsch: Katharina Bretscher-Spindler, Historikerin, Zürich  
Französisch: Olivier Meuwly, Sekretär des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Pully (VD)
- 12.00 Ende
- 12.15 Mittagessen
- 13.30 **DIE ZUKUNFT DER AGRARPOLITIK**  
Französisch: Jean-Nicolas Philippa, Nationalrat, Vuippens
- 15.15 Pressespiegel
- 15.30 Pause
- 16.00 **DIE ZUKUNFT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN**  
Deutsch: Gerold Bühler, Nationalrat, Finanzchef der Georg Fischer AG, Thayngen (SH)  
Französisch: Bernard Comby, Nationalrat, Privatdozent, Saxon (VS)
- 18.00 Ende
- 18.15 **SOIRÉE SURPRISE**

**Mittwoch, 19. August 1998**

- 09.00 **DIE ZUKUNFT DER BILDUNGS- UND FORSCHUNGSPOLITIK**  
Deutsch: Peter Kofmel, Nationalrat, Fürsprecher und Notar, Deitingen (SO)  
Französisch: Christiane Langenberger, Nationalrätin, Romanel sur Morges (VD)
- 11.00 **TOUR D'HORIZON POLITIQUE**  
Deutsch und Französisch:  
Franz Steinegger, Nationalrat, Präsident der FDP Schweiz, Flüelen (UR)

- 12.00 Ende
- 12.15 Mittagessen
- 13.30 **DIE ZUKUNFT DER ENERGIEPOLITIK**  
Deutsch: Erika Forster, Ständerätin, Präsidentin des Ausschusses für Energiepolitik der FDP Schweiz, St. Gallen  
Französisch: John Dupraz, Nationalrat, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK), Soral (GE)
- DIE ZUKUNFT DER SICHERHEITSPOLITIK**  
Deutsch: Oscar Fritschi, Nationalrat, Präsident des Ausschusses für Sicherheitspolitik der FDP Schweiz, Wetzikon (ZH)  
Französisch: Blaise Roulet, Secrétaire romand der FDP Schweiz, Bern
- 18.00 Pressespiegel
- 18.15 Ende
- 19.30 **SCHIFFFAHRT AUF DEM NEUENBURGERSEE**  
Grussadressen von Huguette Tschoumy, Präsidentin der FDP Kanton Neuenburg  
Thierry Béguin, Regierungs- und Ständerat, St-Blaise
- 22.45 Ende

**Donnerstag, 20. August 1998**

- 08.30 **WIE GIBT MAN EIN INTERVIEW AM RADIO UND AM FERNSEHEN?**  
Deutsch: Hanspeter Spörri, Auslandredaktor «Der Bund», Bern  
Französisch: Monique Pichonnaz Oggier, Journalistin, Chefin des Büros für Konsumentenfragen, Freiburg  
Adolphe Ribordy, Journalist, Direktor von Radio Rhône, Chefredaktor des Confédéré, Martigny
- 12.00 Ende
- 12.15 Mittagessen
- 13.30 **DIE ZUKUNFT DER VERKEHRSPOLITIK**  
Deutsch: Duri Bezzola, Nationalrat, Vize-Präsident der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, Scuol (GR)  
Französisch: Daniel Vogel, Nationalrat, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, Gemeinderat, La Chaux-de-Fonds (NE)
- 15.30 Pause
- 16.00 **DIE ORGANISATION DER FDP SCHWEIZ**  
Deutsch: Johannes Matyassy, Generalsekretär der FDP Schweiz  
Französisch: Blaise Roulet, Secrétaire romand der FDP Schweiz
- 18.00 Pressespiegel
- 18.15 Ende  
Freier Abend

**Freitag, 21. August 1998**

- 08.00 **WIE VERFASST MAN EIN PRESSE-COMMUNIQUÉ?**  
Deutsch: Guido Schommer, Pressechef FDP Schweiz  
Französisch: François Tissot-Daguet, Bundeshaus-Journalist, Lehrbeauftragter an der Universität Neuenburg
- 10.30 Pause
- 10.45 **SCHLUSSANSPRACHE UND OFFIZIELLES ENDE**  
Blaise Roulet, Secrétaire romand der FDP Schweiz

**17.-21. AUGUST** ◊ Sommeruniversität

**Mit Bundesrat Couchepin diskutieren**

**Für die diesjährige Sommeruniversität, die von der FDP Schweiz und den Jungfreisinnigen der Schweiz (JFS) organisiert wird, sind noch einige Teilnahmepätze frei.**

konferenz? Was schreibe ich in einem Communiqué? Wie trete ich am Fernsehen auf?

An der Sommeruniversität wird aber nicht nur «gebüffelt». Die Geselligkeit kommt nicht zu kurz. Eine Seerundfahrt und ein Überraschungsabend stehen auch auf dem Programm.

An dieser exklusiven Ausbildungswoche für Jugendliche stehen als Referenten und Diskussionspartner eidgenössische FDP-Parlamentarierinnen zur Verfügung. Ein Highlight verspricht der Auftritt des neuen FDP-Bundesrates Pascal Couchepin zu werden. Doch nicht nur politische Themen werden vorgestellt, sondern auch das Know-how der Umsetzung wird geübt. Wie organisiere ich eine Presse-

Die fünfte Sommeruniversität wird vom 17. bis zum 21. August 1998 in Neuenburg stattfinden. Die Sommeruniversität steht allen politisch interessierten Jugendlichen (keine Parteimitgliedschaft erforderlich!) zwischen 18 und 30 Jahren offen. Die Diskussionen und Gespräche finden in zwei Gruppen auf französisch und deutsch statt.



Der neue FDP-Bundesrat Pascal Couchepin geht auf Tuchfühlung mit den Jungen – erleben Sie ihn, diskutieren Sie mit ihm. (Photo Stahl)

**Anmeldung**

Ich melde mich hiermit an für die 5. FDP/JFS-Sommeruniversität vom 17. bis zum 21. August 1998. Die Kosten betragen Fr. 300.– (Kost und Logis inbegriffen).

Name/Vorname: \_\_\_\_\_  
 Strasse: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_  
 Sprache:  Französisch  Deutsch

Talon sofort an: FDP Schweiz, Blaise Roulet, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: roulet@fdp-prd.ch

(Teilnehmerzahl beschränkt!)

LEISTUNGSABHÄNGIGE SCHWERVERKEHRSABGABE (LSVA)  Meinung

# Ein sinnvoller Systemwechsel

**Die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA), die am 27. September 1998 zur Abstimmung gelangt, führt im Vorfeld der FDP-Delegiertenversammlung vom 15. August 1998 zu Diskussionen. Der «Freisinn» lässt deshalb zu dieser Vorlage Exponenten beider Seiten zu Wort kommen. Auf Seite 11 legt ASTAG-Direktor Michel Crippa seine Gründe für ein Nein dar, während FDP-Nationalrat Duri Bezzola auf Seite 10 für ein Ja zur LSVA plädiert.**

FDP-NATIONALRAT  
DURI BEZZOLA,  
SCUOL (GR)

Bei der momentanen Diskussion um die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) könnte leicht der Eindruck entstehen, es handle sich um eine neue Erfindung, gar um eine neue Steuer, zu der es grundsätzlich Stellung zu nehmen hiesse. Dem ist nicht so. Die Schwerverkehrsabgabe existiert in der Schweiz seit 1984, also seit rund vierzehn Jahren. Damals befand eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung – allen Schwarzmalereien zum Trotz –, eine pauschale Schwerverkehrsabgabe sei das richtige Mittel, den Schwerverkehr von der Strasse auf die Schiene zu lenken.

Dazu ist es nicht gekommen. Allein am Gotthard verdreifachte sich zwischen 1985 und 1997 die Anzahl der Lastwagen auf 3300 pro Tag. Erklärungen sind im nachhinein schnell zur Hand: Erstens ist das Güterverkehrsvolumen entgegen allen Prognosen der Transportbranche weiter angestiegen, zweitens belohnt die pauschale Schwerverkehrsabgabe die Vielfahrer, und drittens können ausländische Transporteure das Schweizer Strassennetz

10 Metern Autobahn bezahlt man in der Schweiz 7 Franken, in Italien rund 15 Franken, in Frankreich 23 Franken und in Österreich gar 50 Franken.

## Eine ungerechte Konstruktion

Der Grundsatzentscheid hin zu einer gerechteren Besteuerung des Schwerverkehrs wurde vor vier Jahren gefällt. 1994 sprach sich das Schweizer Volk mit 67% Ja-Stimmen klar für einen Systemwechsel von der pauschalen zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe und damit für die Verankerung des Verursacherprinzips aus. Die nun zur Diskussion stehenden Ausführungsbestimmungen sind die konsequente Umsetzung dieses Volksentscheides. Eine Normalisierung der Bezie-

mehr oder weniger gratis benutzen, sehr zum Schaden des inländischen Gewerbes. Nur zwei Beispiele: Der ausländische Schwerverkehr bezahlt für eine Fahrt durch die Schweiz, was einer Distanz von 300 Kilometern entspricht, 25 Franken. Benützt ein Schweizer Transporteur den Montblanc, bezahlt er für die 70 Kilometer lange Strecke 239 Franken. Für die Benützung von 100 Ki-

hungen der Schweiz zur EU ist Synonym für einen fairen Zugang von Schweizer Unternehmungen zum europäischen Markt. Damit werden in der Exportwirtschaft Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen, was letztlich die gesamte Wirtschaft und den Arbeitsplatz Schweiz positiv beeinflussen wird. Die dafür notwendigen bilateralen Verträge liegen nach vierjähriger Verhandlung vor. Über das ausgehandelte Paket wird die Schweizer Bevölkerung befinden können, nicht aber über ein einzelnes Dossier.

## Die LSVA im europäischen Kontext

Über das Landverkehrsabkommen wurde im Hinblick auf das Auslaufen des Transitvertrages besonders intensiv verhandelt. Zentrale Bestandteile sind die Öffnung der Schweiz ab dem Jahr 2005 für 40-t-Lastwagen und – soviel zum Thema Europakompatibilität – die LSVA. Bei einer Ablehnung des LSVA-Ausführungsgesetzes am 27. September 1998 müssten die Verhandlungen über das Landverkehrsdossier nochmals aufgenommen werden – aus einer für die Schweiz denkbar schlechten Position heraus. Der Abschluss der übrigen sechs Dossiers und damit die angestrebte Normalisierung zur EU wären selbstredend ebenfalls bis auf weiteres blockiert.

Wie auch immer das Resultat am 27. September 1998 ausfallen wird, am bereits bestehenden Grundsatzentscheid von 1994 zugunsten der LSVA wird es nichts ändern. Fern von aller Polemik, Panikmacherei

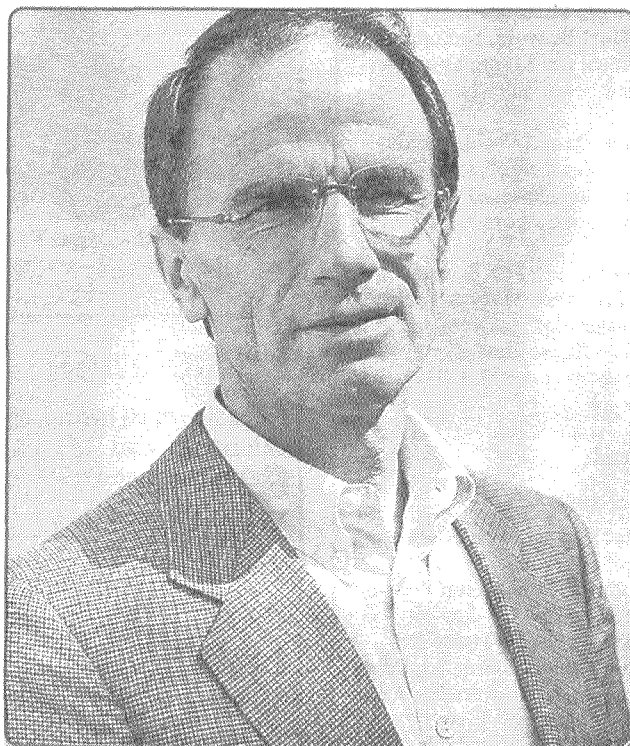
und Zahlenorgien gilt es deshalb die Frage zu beantworten, ob das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt.

## Die LSVA macht Sinn

Die wachsenden Güterströme auf unseren Strassen werden über kurz oder lang zu einem Verkehrskollaps auf unseren Strassen führen. Die Öffnung unseres Landes für die 40-t-Lastwagen wird diese Entwicklung noch beschleunigen. Zählte man 1993 noch rund 920 Stauereignisse, waren es 1996 bereits 2000. Die Staukosten belaufen sich heute bereits auf 1,2 Milliarden Franken pro Jahr!

Ohne ein attraktives, konkurrenzfähiges Bahntransportangebot – und das heisst Bau der Neat – ist an eine Verlagerung der Gütertransporte von der Strasse auf die Schiene nicht zu denken. Ein Teil der LSVA-Erträge soll die Finanzierung dieses Grossprojektes sicherstellen und damit umgerechnet 15 000 Arbeitsplätze. Der Gesamtbedarf der geplanten Infrastrukturbauten Neat, Bahn 2000, Lärmschutz, Einbindung in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz, deren Finanzierung mit Hilfe der LSVA sichergestellt werden soll, beträgt 30 Milliarden Franken. 30 Milliarden Franken investieren heisst Zehntausende von Arbeitsplätzen, heisst direkten Zugang zu den europäischen Wirtschaftsmärkten, von den Impulsen für den Forschungs- und Technologiestandort Schweiz ganz zu schweigen.

Die Qualität eines Wirtschaftsstandortes hängt erwiesenermassen von der Qualität des Verkehrsstand-



**FDP-Nationalrat Duri Bezzola: «1994 sprach sich das Schweizer Volk mit 67 Prozent Ja-Stimmen klar für einen Systemwechsel und damit für die Verankerung des Verursacherprinzips aus. Die Ausführungsbestimmungen sind die konsequente Umsetzung des Volksentscheides.»**

ortes ab. Mit der Modernisierung der Schweizer Bahninfrastruktur wird aus wirtschaftspolitischer Sicht ein nachhaltiger Gegenwert geschaffen. Die LSVA-Erträge werden sich ab dem Jahr 2005 auf rund 1,5 Milliarden Franken belaufen. 500 Millionen Franken werden dannzumal vom ausländischen Schwerverkehr erbracht werden. Mit der Gleichbehandlung inländischer und ausländischer Transporteure stärkt die LSVA nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Transportbranche, sondern sie zwingt Europa dazu, sich an der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur der Schweiz zu beteiligen.

**Die LSVA nimmt Rücksicht**

Die LSVA ist keine Strafmassnahme. Nicht nur sieht das Ausführungsgesetz eine schrittweise Einführung ab dem Jahr 2001 vor, sondern auch einen tieferen Abgabensatz für Lastwagen bis 28 t sowie Ausnahmebestimmungen und Befreiungen für landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Transporte sowie für Carfahrten. Auch den besonderen Verhältnissen in Rand- und Bergregionen wird Rechnung getragen, indem die betroffenen Kantone bei der Verteilung der LSVA-Erträge speziell berücksichtigt werden.

Dass sich die Transportbranche in einer problematischen Situation befindet, bestreitet niemand. Eine Strukturbereinigung wird – wie in anderen Branchen auch – unumgänglich sein. Der Versuch hingegen, die hausgemachten Probleme der LSVA anzulasten, nützt niemandem etwas.

**Die Rolle der FDP**

Im Gegensatz zu einem Verband muss eine Partei zwischen Gesamt- und Partikularinteressen differenzieren können, denn immerhin geht es darum, die Weichen

für die wirtschafts- und verkehrspolitische Zukunft der Schweiz zu stellen.

Die LSVA ist der Schlüssel zur Aufwertung

des Verkehrs- und Wirtschaftsstandortes Schweiz. Die LSVA steht damit im Einklang zur erklärten Absicht der FDP, eine aktive

Wirtschaftspolitik zu betreiben. Nicht von ungefähr wird die LSVA denn auch von allen namhaften Wirtschaftsverbänden unter-

stützt. Ein überzeugtes Ja zur LSVA stünde auch der FDP gut zu Gesicht. ■

**LEISTUNGSABHÄNGIGE SCHWERVERKEHRSABGABE (LSVA) ◉ Meinung**

**Keine neuen Steuern**

**Am 9. Oktober 1995 schrieb die FDP anlässlich der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA): «Wir beantragen die Rückweisung der Vorlage zur vollständigen Überarbeitung und legen unsere entsprechenden Argumente in einem ersten Teil dar . . .»**

**MICHEL CRIPPA, DIREKTOR ASTAG SCHWEIZERISCHER NUTZFAHRZEUGVERBAND**

**Weitere Zitate:**

«... die FDP hat sich aber auch klar gegen einen Alleingang in dieser Angelegenheit ausgesprochen...»

«... die Erhebungswirtschaftlichkeit ist nicht gangbar...»

«... die Berechnung der externen Kosten und des externen Nutzens ist nicht gangbar...»

«... eine leistungs- und verbrauchsabhängige Schwerverkehrsabgabe muss nach Ansicht der FDP administrativ einfach, nicht diskriminierend, transparent ausgestaltet und im Gleichschritt mit der EU erfolgen...»

In diesem Sinn war auch die Stellungnahme des «Vorortes»...!

Diese Argumente gegen die LSVA haben nach wie vor ihre volle Gültigkeit und können noch durch weitere ergänzt werden. Einige davon sind:

■ Die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz ist gefährdet

Eine Steuer, die über 1,5 Milliarden Franken einbringen soll, erhöht die Produktionskosten, schwächt die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz und gefährdet Arbeitsplätze.

■ Die Europakompatibilität fehlt gänzlich Die EU akzeptiert keine flächendeckende Schwerverkehrsabgabe, die mit externen

Kosten begründet ist. Es braucht auch keine LSVA-Gesetzgebung, um die Transitabgabe im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU festzulegen.

■ Der Volksentscheid wird missachtet

Mit dem Vorschlag, die Einnahmen aus der LSVA für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs zu verwenden, verstossen Bundesrat und Parlament gegen Art. 36<sup>quater</sup> der Bundesverfassung.

■ Die LSVA bewirkt keine Verlagerung des strassenseitigen Nutzverkehrs auf die Schiene

Erhebungen bei der verlaufenden Wirtschaft zeigen, dass selbst eine Maximalvariante der LSVA der Schiene keinen bedeutenden Mehrverkehr bringen wird. Die Verkehrsmittelwahl wird nach qualitativen Faktoren entschieden; der Preis spielt dabei eine sekundäre Rolle. Die Nachteile des Bahnsystems bleiben somit bestehen.

■ Die Rand- und Berggebiete werden einmal mehr benachteiligt

Dieses Argument muss nicht näher erläutert werden; auch die Beteiligung der Kantone mit einem Drittel an der LSVA löst diese Frage nicht! Um so mehr, als dieses Geld den Kantonen am «runden Tisch» bereits «abgezogen» wurde.

Und schliesslich gibt dieses LSVA-Gesetz erstmals die volle Kompetenz an den Bundesrat, die vorgesehenen Maximalsätze einzutreiben. Dass er dies bei den voraussehbaren Kostenüberschreitungen bei den Investitionen des öffentlichen Verkehrs und der desolaten Finanzlage des Bundes nutzen wird, liegt auf der Hand. Alles andere ist «blauäugiges Tun». Deshalb nochmals, die Ablehnung der LSVA ist auch heute dringender denn je! Eine letzte Frage: Hat nicht die FDP zum Ziel, die Fiskal- und Staatsabgaben zu senken oder zumindest zu begrenzen? ■



**ASTAG-Direktor Michel Crippa: «Die Ablehnung der LSVA ist heute dringender denn je!»**



## 500 Mio. Franken für die Kantone

Soviel werden die Kantone jährlich aus der Schwerverkehrsabgabe erhalten – vorab für ihre grossen Strassenkosten: Schäden, Sanierungen und Umfahrungen. Berg- und Randgebiete werden besonders berücksichtigt.

**Schwerverkehrsabgabe zur Entlastung von Strasse und Umwelt**



Schweizerisches Komitee  
«JA zur Schwerverkehrsabgabe»  
Postfach 5835, 3001 Bern

Was meinen Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie?  
**Was meinen Sie?**  
 Haben Sie sich gefreut, geärgert?  
**Schreiben Sie uns!**  
 Unsere Adresse:  
 Redaktion «Der Freisinn»  
 FDP Schweiz  
 Postfach 6136  
 3001 Bern

**FDP auf Internet**  
 Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!  
 Unsere Adresse: E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
<http://www.fdp.ch>

## MCSE-Prüfung bestanden.

Erfolgreiche Microsoft Certified System Engineers werden von DIGICOMP ausgebildet.

Planen Sie heute den Erfolg von morgen. Mit der führenden Informatik-Schule in Ihrer Nähe.

Telefon 0844 844 822  
[www.digicomp.ch](http://www.digicomp.ch)  
[info@digicomp.ch](mailto:info@digicomp.ch)

**DIGICOMP®**  
 EXPERT SEMINARS

Zürich	St. Gallen
Schlieren	Winterthur
Basel	Lausanne
Bern	Genève
Luzern	Lugano
Brugg	

# Marktregeln

STROM-FORUM 5/98

Die Elektrizitätsunternehmen wollen einen freien Strommarkt für alle Kunden schaffen. Der Übergang zum Markt soll zeitlich gestaffelt erfolgen, das Stromnetz ohne Diskriminierung allen zur Verfügung stehen. Die beim Übergang vom Monopol zum Markt nicht mehr amortisierbaren Investitionen sollen entschädigt werden. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) verlangt in diesem Sinne eine grundlegende Überarbeitung des Entwurfs für ein Elektrizitätsmarktgesetz. Die Regelungsdichte soll möglichst klein sein.

### Netz und Markt für Alle

Ziel der Marktöffnung ist eine europäisch konkurrenzfähige Stromversorgung. Dafür wollen die Elektrizitätsunternehmen eigenverantwortlich eine einfache, transparente und nichtdiskriminierende Netzbenutzung für alle Kunden – auch in abgelegenen Gebieten – sicherstellen. Dazu braucht es keinen staatlichen Zwang für eine zentrale Netzgesellschaft.

### Risiken beim Systemwechsel begrenzen

Der Übergang vom Monopol in den Markt muss – wie in der EU – zeitlich gestaffelt erfolgen. Auch die Schweiz braucht eine Zwischenbeurteilung im Jahr 2006. Durch eine volkswirtschaftlich verantwortungsvolle Etappierung der Marktöffnung sind die nicht amortisierbaren Investitionen möglichst gering zu halten. Soweit nötig sind diese zeitlich begrenzt angemessen abzugelten.

VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTWERKE, Postfach 6140, 8023 Zürich

Internet: <http://www.strom.ch>

27. SEPTEMBER 1998  Nein zur VKMB-Denner-Initiative

# Reine Subventionsempfänger?

**Unsere Landwirtschaft ist Teil der gesamten Wirtschaft und muss, wie diese auch, effizient und leistungsfähig arbeiten, d. h. wettbewerbsfähig sein. Und gerade diese Fähigkeit zum Wettbewerb und zum Umsetzen von Innovationen gefährdet die Kleinbauern- und Denner-Initiative, denn sie zementiert bestehende Strukturen und lässt keine Anreize für eine sinnvolle und wirtschaftliche Entwicklung. Sie nimmt dadurch jungen unternehmerisch denkenden Bauern jede Zukunftschance.**

FDP-NATIONALRÄTIN  
KÄTHI BANGERTER,  
AARBERG BE

Die Initiative lässt keine Marktstützung mehr zu, das führt zu einem massiven Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und zur Entprofessionalisierung. Der Bauer ist nicht mehr Unternehmer, er ist nur noch Empfänger von Subventionen, und zwar von garantierten und indexierten 50 000 Fr. bei einem betrieb von 17 Hektaren.

**Billigste Importe statt einheimische Produktion?**

Den Rückgang der Produktion – das teure schweizeri-

kann er vermehrt über billigste Importe bereits verarbeiteter Nahrungsmittel die Gestelle seiner Läden füllen.

Ein vermehrter Import von direkt verarbeiteten Nahrungsmitteln würde viele tausend Arbeitsplätze vernichten. Eine Studie über den Milchmarkt kommt zum Schluss, dass ein Rückgang der Milchmenge um 25 Prozent droht – dies wird befürchtet bei Annahme der Initiative –, und 14 000–15 000 Arbeitsplätze vernichtet würden. Die schweizerische Milchproduktion ist stark auf den Export angewiesen.

## Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen

Auch mir als Aarbergerin – Aarberg ist einer von zwei Produktionsstandorten von Zucker in der Schweiz – kann es nicht gleichgültig sein, wenn sämtliche Marktstützungen fallen sollten, denn marktstützende Massnahmen kommen den Steuerzahler nicht teurer zu stehen als Direktzahlungen. Im Gegenteil

Fr. 1.– Stützung bewirkt Fr. 2.– Einnahmen beim Bauern. Die Zuckerrübenproduktion kann in der Schweiz mit unseren kleinräumigen topographischen Gegebenheiten nicht gleich rationell erfolgen wie in grossen Ländern mit weiten Rübenanbauflächen. Der Zuckerpriest ist vom Weltmarktpriest abhängig. Unsere Rübenpflanzler haben ohne marktstützende Massnahmen keine Möglichkeit, ein der Arbeit und den Unkosten entsprechendes Einkommen zu erwirtschaften. Wenn sie dieses nicht erhalten, so pflanzen sie keine Rüben mehr an, die Zuckerfabriken in Aarberg und Frauenfeld müssten, so befürchte ich, die Tore schliessen. 350 Direktbetroffene in den beiden Zuckerfabriken müssten auf Job-Suche gehen.

Dabei geht es nicht «nur» um diese Direktbetroffenen der Zuckerfabriken. Die ehemaligen Rübenpflanzler brauchen keine Dünger mehr, keine Maschinen, keine Geräte. Sie brauchen auch keine Repa-

raturen für ihre Maschinen, ihre Rübenwagen und ihre Traktoren. Sie brauchen ebenfalls keine Unterstände für ihre Traktoren und Wagen. Grosse Teile des Gewerbes würden in Mitleidenschaft gezogen.

## Pflegelandwirtschaft nicht privilegieren

Dabei komme ich wieder zum Anfang meiner Ausführungen zurück. Unsere Landwirtschaft ist Teil der gesamten Wirtschaft. Die Bauern müssen eben ihre Leistungen nach unternehmerischen Kriterien erbringen können. Und gerade dies verhindert die Initiative, denn sie führt zur ineffizienten Nutzung der Produktionsfaktoren und privilegiert die Pflegelandwirtschaft. Sie führt zu einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen vor allem in den vor- und nachgelagerten Stufen der Landwirtschaft.

Aus all diesen Gründen ist die Kleinbauern- und Denner-Initiative abzulehnen.



FDP-Nationalrätin Käthi Bangarter: «Die VKMB-Denner-Initiative führt zu einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen.» (Photo rutli)

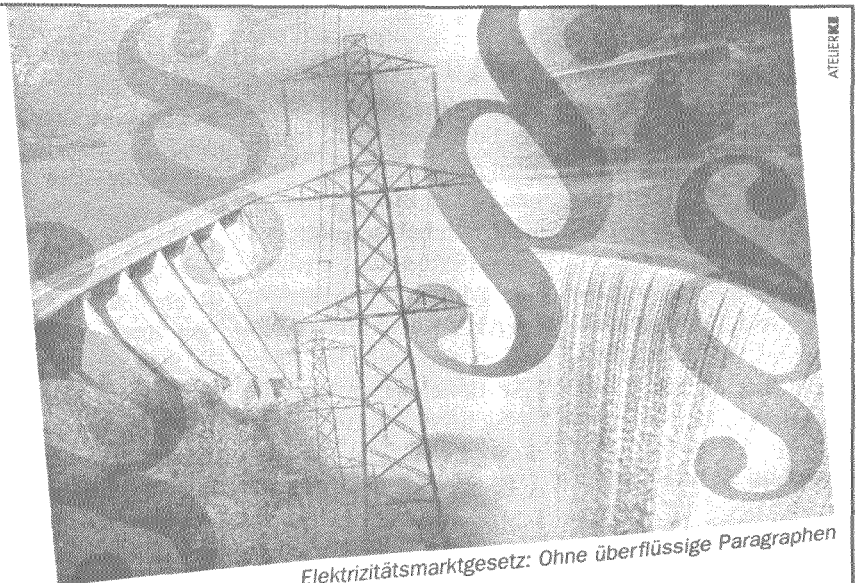
sche Kostenumfeld kann mit dem internationalen Preisniveau nicht Schritt halten –, diesen Rückgang der einheimischen Produktion will Denner, denn dann

## Wasserkraft marktfähig machen

Wir brauchen die Wasserkraft auch in Zukunft. Sie macht 60% der Schweizer Stromproduktion aus und darf deshalb nicht von den neuen Marktregeln ausgenommen werden. Durch den Abbau der vielfältigen Belastungen und mit Effizienzsteigerungen soll sie wettbewerbsfähig werden.

## Markt über die Grenzen öffnen

Der Markt ist auch über die Grenzen zu öffnen, da die Schweiz seit 1951 voll in das europäische Stromnetz integriert ist. Dafür sind rasch Staatsvertragsverhandlungen aufzunehmen.



Elektrizitätsmarktgesetz: Ohne überflüssige Paragraphen

27. SEPTEMBER 1998 ◉ Das Ende der F-&W-Politik

# Ein Nein zum Ausverkauf unserer AHV

**Das Volk hat sich mit grossem Mehr entschieden, dass wir jetzt aufhören mit unserer Schuldenwirtschaft. Das hat Konsequenzen auch in der Sozialpolitik. Luxuslösungen mit Extratouren sind nicht mehr angebracht. Wir können nicht immer den Fünfer und das Weggli beanspruchen und müssen von dieser F-&W-Politik wegkommen. Bereits in der nächsten Abstimmung gilt es diese Haltung zu bestätigen mit der deutlichen Ablehnung der Initiative, die das AHV-Rentenalter der Frauen wieder auf 62 Jahre senken will, denn sie kostet jährlich 700 Millionen Franken. Nun müssen wir gemeinsam die AHV aus dem Defizit führen und die Renten auch für die nächste Generation sicherstellen.**

FDP-NATIONALRÄTIN  
CHRISTINE EGRERSZEGI-  
OBRIST,  
MELLINGEN AG



FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi: «Nun müssen wir gemeinsam die AHV aus dem Defizit führen und die Renten auch für die nächste Generation sicherstellen.»

Die Initiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» will alle Bestimmungen der vor zwei Jahren angenommenen 10. AHV-Revision ausser Kraft setzen, welche die Erhöhung des Rentenalters der Frauen betreffen. Sie legt das Frauenrentenalter ausdrücklich bei 62 und das Männerrentenalter bei 65 Jahren in der Verfassung fest. Dabei scheint die Frage überhaupt keine Rolle zu spielen, ob wir uns das finanziell leisten können. Auch die faktische Gleichstellung der Geschlechter, die sonst seitens der Initianten bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten gehätschelt wird, ist hier offensichtlich nicht gefragt.

## Ausverkauf der AHV?

Diese Initiative bringt der AHV jährliche Mehrkosten von rund 700 Millionen Franken. Das kann sie ein-

fach nicht verkraften. Tatsache ist, dass unser wichtigstes Sozialwerk heute in den roten Zahlen steckt. Auch wenn es der Bundesrat lange nicht wahrhaben wollte, bis Ende 1998 wird weit über eine Milliarde Franken in der AHV-Kasse fehlen. Wir wissen auch aus den IDA-FiSo-Berichten, dass wir für die Sicherstellung der bisherigen Leistungen in der AHV bis ins Jahr 2010 noch 4 Milliarden Franken mehr jährlich aufbringen müssen und dass dann der AHV-Ausgleichsfonds, der eine

AHV-Jahresausgabe von etwa 24 Milliarden Franken aufweisen soll, total leer sein wird. Um das zu verhindern, müssen wir gemeinsam mit vernünftigen Mehreinnahmen und verkraftbaren Leistungskorrekturen dieses Sozialwerk wieder leistungsfähig machen. Das gelingt aber nur mit einer Abkehr von der F-&W-Politik!

## Keine Rosinenpickerei!

Es sind aber nicht nur finanzielle Gründe, die zur Ablehnung dieser Initiative führen müssen: gleiche Rechte von Mann und Frau sind heute eine Selbstverständlichkeit. Es gibt sie aber nicht mehr oder weniger, je nachdem, ob es angenehm ist oder nicht. Man kann nicht nur die Rosinen aus dem Kuchen picken: Zu gleichen Rechten gehören auch gleiche Pflichten, und das hiesse unweigerlich: gleiches Rentenalter für Männer und Frauen, wie es bei der Einführung der AHV im Jahre 1948 auch war. Damals wurde das Rentenalter für beide auf 65 Altersjahre festgelegt. Angesichts der steigenden Beschäftigungsquote und der Zuströme der ausländischen Arbeitskräfte, die den AHV-Fonds anschwellen liessen, wurde dann das Rentenalter der Frauen bei den Revisionen von 1953 auf 63 und 1964 auf 62 herabgesetzt. Die 10. AHV-Revision hat nun vor drei Jahren die schrittweise Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 64 beschlossen, die nun mit dieser Initiative wieder rückgängig gemacht werden soll.

Dazu gibt es nun einfach keinen objektiven Grund. Im Gegenteil: Heute kann ein Mann mit einem durchschnittlichen Lebensalter von 74 rechnen, eine Frau erreicht im Schnitt das 81. Lebensjahr. Die Frauen werden also durchschnittlich 7 Jahre älter als die Männer, und ein Rentenalter 65 für alle wäre die logische Konsequenz gemäss Gleichstellung nach Art. 4 Bundesverfassung (BV), mit der Möglichkeit des Rentenvorbezugs für alle, wie es die 10. AHV-Revision gewährt.

## Die 10. AHV-Revision hat den Frauen viel gebracht

Die Behauptung, die 10. AHV-Revision sei auf dem Buckel der Frauen ausgetragen worden, ist grundfalsch. Sie hat gerade den Frauen wichtige Verbesserungen gebracht:

- Mit der neuen Rentenformel wurden vor allem alleinstehende Frauen mit kleinen Einkommen begünstigt.
- Mit dem Splitting wurde erreicht, dass die während einer Ehe erzielten Einkommen hälftig geteilt und gegenseitig dem AHV-Konto des Partners gutgeschrieben werden. Das ist in den allermeisten Fällen zum Vorteil der Frauen.
- Mit den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften wurde erstmals (in ganz Europa) die unbezahlte Hausarbeit anerkannt, und zwar nicht nur mit schönen Worten, sondern effektiv in gutgeschriebenen Beiträgen.

Diese Neuerungen kosten jährlich 700 Millionen Franken, die nach der schrittweisen Erhöhung des Frauenrentenalters (ab

**ZUM THEMA**

.....

*Luxuslösungen mit Extratouren sind nicht mehr angebracht.*

.....

*Auch die faktische Gleichstellung der Geschlechter, die sonst seitens der Initianten bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten gehätschelt wird, ist hier offensichtlich nicht gefragt.*

.....

*Als Ganzes wurde diese Vorlage im Juni 1995 mit grossem Mehr vom Souverän gutgeheissen. Es wäre nicht richtig, Teile davon wieder rückgängig zu machen.*

2006) wieder aufgefangen werden. Sie brachten aber eine gezielte Besserstellung der Frauen in der AHV und waren ein entscheidender Schritt zur Gleichstellung von Mann und Frau. Als Ganzes wurde diese Vorlage im Juni 1995 mit grossem Mehr vom Souverän gutgeheissen. Es wäre nicht richtig, Teile davon wieder rückgängig zu machen.

## Schöne Worte genügen nicht

- In der Abstimmung vom 27. September über die Rentenalter-Initiative gilt es Farbe zu bekennen: All jene, die sagen
- wir wollen gesunde und leistungsfähige Sozialversicherungen
  - wir dulden keinen Ausverkauf der AHV
  - wir müssen jetzt endlich den Finanzhaushalt sanieren
  - wir setzen uns ein für gleiche Rechte für Mann und Frau
- die müssen jetzt handeln und diese Initiative ablehnen. Das bedeutet ein überzeugtes Nein zur Fünfer-&Weggli-Politik, die wir uns während Jahren geleistet haben!

1. OKTOBER 1998 ◊ Symposium FDP Schweiz / Technopark in Zürich

# Technologie verändert Arbeitsplätze

**Neue Technologien schaffen Arbeitsplätze. Sie vernichten aber auch Arbeitsplätze. Gewiss, beide Aussagen treffen zu. Aber welchen Typus Stellen schaffen bzw. vernichten sie? Klaffen die Anzahl der abgebauten Arbeitsplätze der Industriegesellschaft und die der neugeschaffenen der Informationsgesellschaft nicht immer stärker auseinander?**

Immer mehr Ökonomen, Politiker, Philosophen, Soziologen und Medienschaffende warnen vor den sich abzeichnenden Spannungen, die sich durch die Verteilung des knapper wer-

denden Gutes «Arbeit» ergeben. Der soziale Frieden, auf dem der Wohlstand unseres Landes beruht, ist zweifellos in Gefahr.

Es stellt sich die Frage, welche Arbeitsplätze in Zu-

kunft in unserem Land weiterhin Wertschöpfung generieren und qualifizierte Jobs sicherstellen werden. Was hat diese Entwicklung für Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, auf die Bildung, die Wirtschaft und Gesellschaft? Welches sind die Auswirkungen auf den Nationalstaat Schweiz? Welche Voraussetzungen braucht es, damit in unserem Land Unternehmen gedeihen und neue entstehen, die gerade in den Bereichen tätig sind, die in Zukunft

Arbeitsplätze sicherstellen und aufbauen?

Diese zentralen Fragen werden am ersten gemeinsamen Symposium der FDP Schweiz und des Technoparks Zürich erörtert.

## Zielsetzung

- Aufzeigen des Strukturwandels und derjenigen Wirtschaftsbereiche, die Wachstum und insbesondere Arbeitsplätze generieren
- Aufzeigen der gesellschaftspolitischen Auswirkungen
- Aufzeigen des Profils der Arbeitsplätze der Zukunft
- Diskussion der bildungspolitischen Voraussetzungen zur Sicherstellung der

entsprechend ausgebildeten Nachwuchskräfte

■ Diskussion der Rahmenbedingungen, die auf politischer und wirtschaftlicher Ebene sicherstellen, dass Unternehmen, die in Zukunftsgebieten tätig sind, in unserem Land erfolgreich werden und bleiben können

■ Erarbeitung von konkreten Massnahmen, die zur Schaffung von zukunfts-trächtigen Arbeitsplätzen beitragen

## Zielgruppen

- Vertreter/innen von Unternehmen aller Branchen
- Politiker/innen, die sich für Wirtschafts- und Bildungspolitik interessieren
- Vertreter/innen aus Bildungskreisen
- Behörden
- Jungunternehmer/innen und Exponenten von KMU
- Medienschaffende
- Vertreter/innen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen
- Studierende

## PROGRAMM

Moderation der Tagung durch Marina de Senarclens

10.30 **BEGRÜSSUNG / EINFÜHRUNG**

Franz Steinegger  
Dr. Thomas Wagner

10.45 Unsere Berufsbildungs- und Technologiepolitik:

**DER BEITRAG DES BUNDES ZUR INNOVATIONSFÄHIGKEIT DER WIRTSCHAFT**

Bundesrat Pascal Couchepin

11.15 **NEUE TECHNOLOGIEN GENERIEREN ARBEITSPLÄTZE:**

In welchen Gebieten? Wieso sind diese in der Schweiz kaum vorhanden?

Prof. Dr. Roman Boutellier  
Pause / Apéro

11.45 **DIE RICHTIGEN KOMPETENZEN SICHERN DEN KMU ERFOLG:**

Was heisst «richtig»?

Dr. Thomas Treib

12.35 **WEITERBILDUNG DER ZUKUNFT:**  
Genügt unser Ausbildungssystem?

Konkrete Massnahmen sind gefragt.

Dr. Peter Hasler

13.00 Lunch  
14.15- Einführung in die Gruppenarbeiten:

Task Forces erarbeiten konkrete Massnahmen.

**WORKSHOP I** Dr. Hans-Peter Fricker  
Schweizer Bildungssystem im Umbruch:

- Welche Aus- und Fortbildung brauchen wir?
- Welche Massnahmen sind einzuleiten?

**WORKSHOP II** Dr. Massimo Lattmann  
Exportorientierte KMU im Aufbruch:

- Welche Marketinginstrumente eröffnen am effizientesten die Märkte?
- Kooperationsmodelle von Diplomatie und KMU

**WORKSHOP III** Dr. Johannes Randegger  
Technologieakzeptanz im Aufbruch:

- Wie schaffen wir Rahmenbedingungen für F+E in neuen Technologien?
- Massnahmen seitens Politik und Staat

**WORKSHOP IV** Rita Schmid Göldi  
Arbeitsplätze im Umbruch:

- Welche Rahmenbedingungen sichern die Ansiedlung und den Verbleib zukunftsorientierter Unternehmen?
- Massnahmen seitens der Politik und der Verbände

**WORKSHOP V** Dr. Carol Franklin Engler  
Finanzmärkte im Umbruch:

- Shareholder value contra Human value
- Einflussmöglichkeiten der Politik und der Wirtschaft

16.20 **SYNTHESE**

Dr. Thomas von Waldkirch

Die Workshops werden je nach Anzahl Teilnehmer doppelt geführt.

## Anmeldung

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Titel/Funktion: \_\_\_\_\_

Unternehmen/Organisation: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Tel./Fax/E-Mail: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden/faxen an: Senarclens, Leu + Partner AG, Informationsstelle Technopark Zürich, Freigutstrasse 8, 8027 Zürich. Tel. (01) 201 73 00, Fax (01) 202 93 20. info@senarclens.com – www.senarclens.com

Wird an der Tagung vom 1. Oktober 1998 im Technopark Zürich teilnehmen

Wird in folgender Gruppe mitarbeiten (bitte wählen Sie jeweils der Präferenz nach zwei Gruppen aus. Die zweite Wahl ist die Alternative, falls die erste ausgebucht wäre):

- |                                       |                                      |
|---------------------------------------|--------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Workshop I   | <input type="checkbox"/> Workshop IV |
| <input type="checkbox"/> Workshop II  | <input type="checkbox"/> Workshop V  |
| <input type="checkbox"/> Workshop III |                                      |

Datum und Unterschrift: \_\_\_\_\_

Veranstaltungsort: Technopark Zürich, Auditorium und Seminarräume, Technoparkstrasse 1, CH-8005 Zürich.

Es sind keine Parkplätze vorhanden, benützen Sie bitte die öffentlichen Verkehrsmittel.

Teilnahmegebühr: Fr. 200.- (inkl. Getränke, Lunch und Tagungsdokumentation)  
Fr. 50.- für Studierende

MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG  FDP-Frauen Schweiz

# Ja – aber . . .

**Die FDP-Frauen Schweiz haben sich in den vergangenen Wochen gleich zweimal zur Mutterschaftsversicherung geäußert. An ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung betonten sie die entscheidende Bedeutung der sicheren und langfristigen Finanzierung dieses Werkes.**

An der ordentlichen Delegiertenversammlung der

FDP-Frauen Schweiz, die erstmals von der neuen Präsidentin Sibylle Burger-Bono geleitet wurde, liessen sich die FDP-Frauen von Nationalrätin Christine Langenberger über den Stand der Vorarbeiten und Diskussionen zur Vorlage der Mutterschaftsversicherung informieren. Die engagierte Diskussion zeigte, dass die FDP-Frauen grundsätzlich positiv zur Einführung einer Mutterschaftsversicherung stehen.

Die Finanzierung ist von entscheidender Bedeutung und muss vertieft geklärt werden, damit sie auch auf lange Sicht gesichert bleibt, forderten die FDP-Frauen an ihrer Versammlung in Bern. Den verdienten Dank der Versammlung erhielt die abtretende Präsidentin Franziska Frey-Wettstein, Zürich, für ihren grossen Einsatz in den vergangenen sechs Jahren. Auch die zurücktretenden Vorstandsmitglieder Véronique

## Endlich auf guten Wegen

Die FDP-Frauen Schweiz nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass sich der Ständerat für die Einführung der Mutterschaftsversicherung nach dem bundesrätlichen Entwurf ausgesprochen hat. Damit werden wesentliche Lücken bei den Sozialversicherungen der Schweizer Frauen geschlossen. Die Plafonierung der Beiträge auf einem tiefen Niveau verhindert dabei ein schädliches Giesskannenprinzip. Die Finanzierung der Vorlage über EO-Beiträge und 0,25 Prozent Mehrwertsteuer erscheint sachgerecht. Die FDP-Frauen freuen sich über diesen Etappenerfolg vor allem auch darum, weil mit der Erhöhung des Rentenalters und der in der 11. AHV-Revision geplanten Angleichung der Witwen- und Witwerrente von den Frauen Opfer verlangt werden. Mit der Einführung der Mutterschaftsversicherung wird echte Solidarität gelebt.

Grolimund, Genf, und Margot Vögele, St. Gallen, durften den Dank für ihre Arbeit entgegennehmen.

Neu in den Vorstand gewählt wurden Elisabeth Häusermann, Genf, und Betty Fahrni, Thurgau. ■



In gelöster Stimmung nach engagierter Diskussion zur Mutterschaftsversicherung zeigen sich Sibylle Burger-Bono, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz, und Vorstandsmitglied Ursula Stähli.



Betty Fahrni, das neue Vorstandsmitglied aus dem Kanton Thurgau.



Monika Werder, Lenzerheide, vertritt die FDP-Frauen aus dem Kanton Graubünden.



Die Basler Delegation, angeführt von Zsuzsana Mathilde Vasváry, Präsidentin der FDP-Frauen Basel-Stadt.



FREISINN-WETTBEWERB  Die Auflösung

# Man (er-)kennt sie noch!

**Im letzten «Freisinn» haben wir Sie gefragt, wer vor einigen Jahren auf diesem Podium Platz genommen habe. Erstaunlich viele wussten es.**

**GUS.** In der Juni-Ausgabe des «Freisinns» wurden Sie angesprochen mit der Frage, wer denn auf diesem Podium der FDP Schweiz Platz genommen habe. Nun, wir wollen Sie nicht mehr länger auf die Folter spannen, es handelt sich um die folgenden Herren (von links nach rechts):

■ Alt Bundesrat Fritz Honegger

- Anton Bellwald
- Nationalrat Jean-Pierre Bonny
- Nationalrat Bernard Comby
- Stefan Bieri
- Nationalrat Franz Steinegger
- Ständerat Jacques Martin

Alle Einsenderinnen und Einsender erkannten Nationalrat und FDP-Präsident Franz Steinegger, Stefan Bieri hingegen wurde von vielen mit Bundesrat Pascal Couchepin oder mit alt Generalsekretär Christian Kauter verwechselt.

Der Hauptpreis, nämlich ein FDP-Portefeuille, ging an:

**Herrn Heiner Emmenegger in Buchs/AG**

der als einziger alle sieben Podiumsteilnehmer richtig benannt hat.

Ein Sonderpreis geht an SVP-Ständerat Maximilian Reimann aus Gipf-Oberfrick für parteiübergreifende Wettbewerbsbeteiligung. Er tippte immerhin bei fünf Namen richtig. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herzlichen Dank fürs Mitmachen, den Gewinnern herzliche Gratulation. ■



**TERMINE**

- August**
- 11. Presseverband
- 14. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat (Delémont) a. o. Delegiertenversammlung
- 15. Sommeruniversität
- 17.-22. Präsidentenkonferenz (Kantonalpräsidenten und Ortsparteipräsidenten)
- 29.
- September**
- 21. 9.-9. 10. Herbstsession
- 4. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 11./12. Vorsessionale Fraktionssitzung
- 22. Wirtschaftsmeeting
- 24. Geschäftsleitung
- 27. Eidgenössische Abstimmung
- Oktober**
- 13. Presseverband
- 23. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat a. o. Delegiertenversammlung (Neuchâtel)
- 24.
- November**
- 30. 11.-18. 12. Wintersession
- 6. Jubiläumssitzung Parlament
- 13. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 20./21. Vorsessionale Fraktionssitzung + Treffen mit FDP-Regierungsrätinnen und -räten
- 29. Eidgenössische Abstimmung
- Dezember**
- 2. Wahlfeier Ständeratspräsident und Nationalratspräsident
- 3. Geschäftsleitung
- 9. Vereinigte Bundesversammlung / Fraktionssessen
- 10. Wahlfeier Bundespräsident
- 17. Allfällige weitere Feiern

**KURZMELDUNGEN**

**Rolf Büttiker, wir gratulieren**

FDP-Ständerat Rolf Büttiker ist an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 27. Juni 1998 in Olten zum neuen Präsidenten der Schweizerischen Kader-Organisation (SKO) gewählt worden. Die SKO widmet sich primär den Anliegen der Kaderangestellten. Die FDP gratuliert dem Gewählten herzlich und wünscht ihm fürs neue Amt viel Glück! ■



**FDP-Ständerat Rolf Büttiker, der neue Präsident der Schweizerischen Kader-Organisation (SKO).**

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht auf den 1. Februar 1999 oder nach Vereinbarung zur Besetzung einer 100%-Praktikanten-Stelle eine/n

## ASSISTENTIN ASSISTENTEN

zur Unterstützung des Generalsekretariats während des Nationalratswahlkampfes.

Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und befassen sich mit Fragen des Wahlkampfes 1999. Das Engagement ist befristet vom 1. Februar bis zum 29. Oktober 1999. Damit ist ein Einsatz für Studentinnen und Studenten im Zwischenjahr problemlos möglich. Hochschulstudium ist erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

Ihre Tätigkeit umfasst die Organisation von Veranstaltungen, die Betreuung der Kandidatinnen und Kandidaten (inkl. Ausbildung) und die Durchführung von verschiedenen Aufgaben im Kommunikationsbereich. Sie sind im weitern betraut mit dem Verfassen von Diskussionsgrundlagen und der Beschaffung von Informationen. Ihre Aufgabenbereiche verlangen eine enge Zusammenarbeit mit den Spezialisten im Generalsekretariat.

Wir setzen für diese breitgefächerte Aufgabe eine rasche Auffassungsgabe, die Fähigkeit, im Team mitzuarbeiten, und eine überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft voraus. Sie sprechen auch Französisch und sind nicht nur theoretisch an der eidgenössischen Politik interessiert.

Wenn Sie bereit sind, sich für diese faszinierende und herausfordernde Tätigkeit voll einzusetzen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Johannes Matyassy, Generalsekretär, Postfach 6136, 3001 Bern, oder rufen Sie uns an: (031) 320 35 35.



# Replik auf «Gefahren der Untätigkeit»

Sehr geehrte Damen und Herren

Im «Schweizerischen Freisinn» Nr. 6/1998 äussert sich FDP-Pressechef Guido Schommer zur Asylpolitik und bezeichnet dabei die eidgenössische Volksinitiative «Für eine Regelung der Zuwanderung» als unsinnig. Als Präsident des Initiativkomitees dieser im August 1995 mit über 212 000 gültigen Unterschriften eingereichten Initiative kann ich diesen Text nicht unwidersprochen lassen.

In den Jahren 1992 bis Ende 1997 sind insgesamt über 596 000 neue Aufenthaltsbewilligungen erteilt worden. Dabei betrug jedoch der Anteil aus dem Asyl- und humanitären Bereich lediglich ca. 25 000 Personen. Die Fokussierung auf nicht einmal fünf Prozent der Gesamteinwanderung geht daher an der eigentlichen Problematik vorbei.

## Importierte Arbeitslosigkeit

Bemerkenswert ist, dass trotz Rezession in den Jahren 1992 bis 1997 über 228 000 Arbeitsbewilligungen an neu eingereiste Ausländerinnen und Ausländer erteilt worden sind, davon ein sehr grosser Anteil im Niedriglohnbereich mit geringer Wertschöpfung. Im Jahre 1996 hatten das Gastgewerbe (mit ca. 15% Arbeitslosigkeit) und die Land- und Forstwirtschaft den grössten Wanderungsbilanzüberschuss zu verzeichnen. Beinahe die Hälfte aller Arbeitslosen in der Schweiz sind Ausländer, welche aufgrund ihrer geringen beruflichen Qualifi-

kation nur noch schwer oder überhaupt nicht mehr vermittelbar sind. Obwohl die schweizerische Ausländerpolitik über lange Zeit einseitig im Dienste der Arbeitsmarktpolitik stand, fällt daher die Bilanz auch unter rein ökonomischen Aspekten zumindest für die letzten Jahre verheerend aus.

## Umschichtung des Ausländerbestandes

Unter einem noch wesentlich trüberem Lichte steht aber die bisher betriebene Migrationspolitik unter staatspolitischen Gesichtspunkten. Noch bis Anfang der neunziger Jahre erreichte der Nettozuwachs der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz jedes Jahr die Gröszenordnung einer Stadt wie Luzern. Trotz Dreikreisemodell stammen noch heute über 50 Prozent aller Neueinwanderer aus Staaten, die nicht der EU oder EFTA angehören. Dies hat dazu geführt, dass der Anteil von EU/EFTA-Bürgern an der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung von 72% im Jahre 1990 bis Ende 1997 auf 60% gesunken ist. Vor allem aber die hohe Fluktuation mit einer grossen Zahl von Rückwanderungen gut integrierter Ausländer und die im Gegenzug stetige Zuwanderung aus kulturfremden Ländern überfordern unsere Integrationskapazitäten. Dies zeigt sich insbesondere im Bildungsbe- reich. Wenn in vielen Schul- klassen der Anteil von fremdsprachigen Kindern die Hälfte oder gar mehr ausmacht, wird eben der Ausländeranteil sehr wohl zu einem Thema mit staats- politischer Dimension. Der zeitweise kaum gebremste

Zuwanderungsstrom hat dazu geführt, dass beim Stimmvolk die Akzeptanz für alle ausserpolitischen oder ausländerrelevanten Vorlagen drastisch gesunken ist und nicht zuletzt zur Ablehnung des EWR geführt hat.

## Flexibel und wirtschaftsfreundlich

Die Initiative «Für eine Regelung der Zuwanderung» strebt eine ganzheitliche Lösung an. Sie begnügt sich nicht mit einem engen Blickwinkel auf den Asylbereich, wie er von vielen oberflächlichen Betrachtern der komplexen Materie hingebungsvoll gepflegt wird. Die Formulierung trägt allen obenerwähnten Fakten Rechnung und zählt zum Beispiel Hochqualifizierte und Führungskräfte bei der Berechnung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nicht mit. Ebenfalls nicht mitgezählt werden gemäss dem Initiativtext Schüler und Studenten, welche im obenerwähnten Zeitraum immerhin mit 63 000 Personen an der gesamten Einwanderung beteiligt waren. Diese von der neuen Zählweise ausgenommenen Kategorien würden also keinerlei Beschränkungen mehr unterliegen, was insbesondere dem Bedarf der Wirtschaft und dem Bildungstransfer dienlich sein dürfte. In Berücksichtigung der Tatsa-



che, dass jedes Jahr durchschnittlich ca. 70 000 Ausländer freiwillig aus der Schweiz auswandern, lässt der Initiativtext – zusätzlich zu allen völkerrechtlich nicht beeinflussbaren Kategorien und zusätzlich zu den erwähnten, begrenzungs-freien Ausnahmen – jedes Jahr eine Neueinwanderung von ca. 42 000 Ausländerinnen und Ausländern zu. Dies unter Wahrung einer stabilen Ausländerzahl.

## Vorstoss führt ins Leere

Die von der FDP in Bern geforderte, dringlichkeits-

## «ASTAG-Lüge»

Geschätzte Damen und Herren

Heute bekam ich den «Aargauer Freisinn», Ausgabe Juni 1998. Auf Seite 18 heisst es: «Was meinen Sie? Haben Sie sich geärgert?»

Deshalb schreibe ich Ihnen postwendend: Es betrifft dies das Inserat auf Seite 5 mit dem Titel «Die 500 Franken ASTAG-Lüge».

Ich finde es unglaublich, dass ein solches Inserat in einem Parteiblatt veröffentlicht wird, ohne dass die Partei zum Thema bereits Stellung bezogen hat. Ich kann mir schlicht und ein-

rechtliche Inkraftsetzung von Teilen des revidierten Asylgesetzes beweist wenig Realitätssinn und ersetzt keinesfalls eine ganzheitliche Migrationsregelung. Die Forderung nach «Nichteintreten» auf bestimmte Kategorien von Asylgesuchen und damit nach sofortiger Wegweisung heisst keineswegs, dass der Betreffende unverzüglich ausgeschafft werden kann. Vor jeder Wegweisungsverfügung ist zwingend eine «Non-Refoulement-Prüfung» durchzuführen. Es muss also nach wie vor in jedem Einzelfall auch weiterhin geprüft werden, ob der Betreffende in seinem Herkunftsland an Leib und Leben bedroht ist. Ein derartiges Prüfungsverfahren unterscheidet sich aber materiell kaum von einem normalen Asylverfahren. (...)

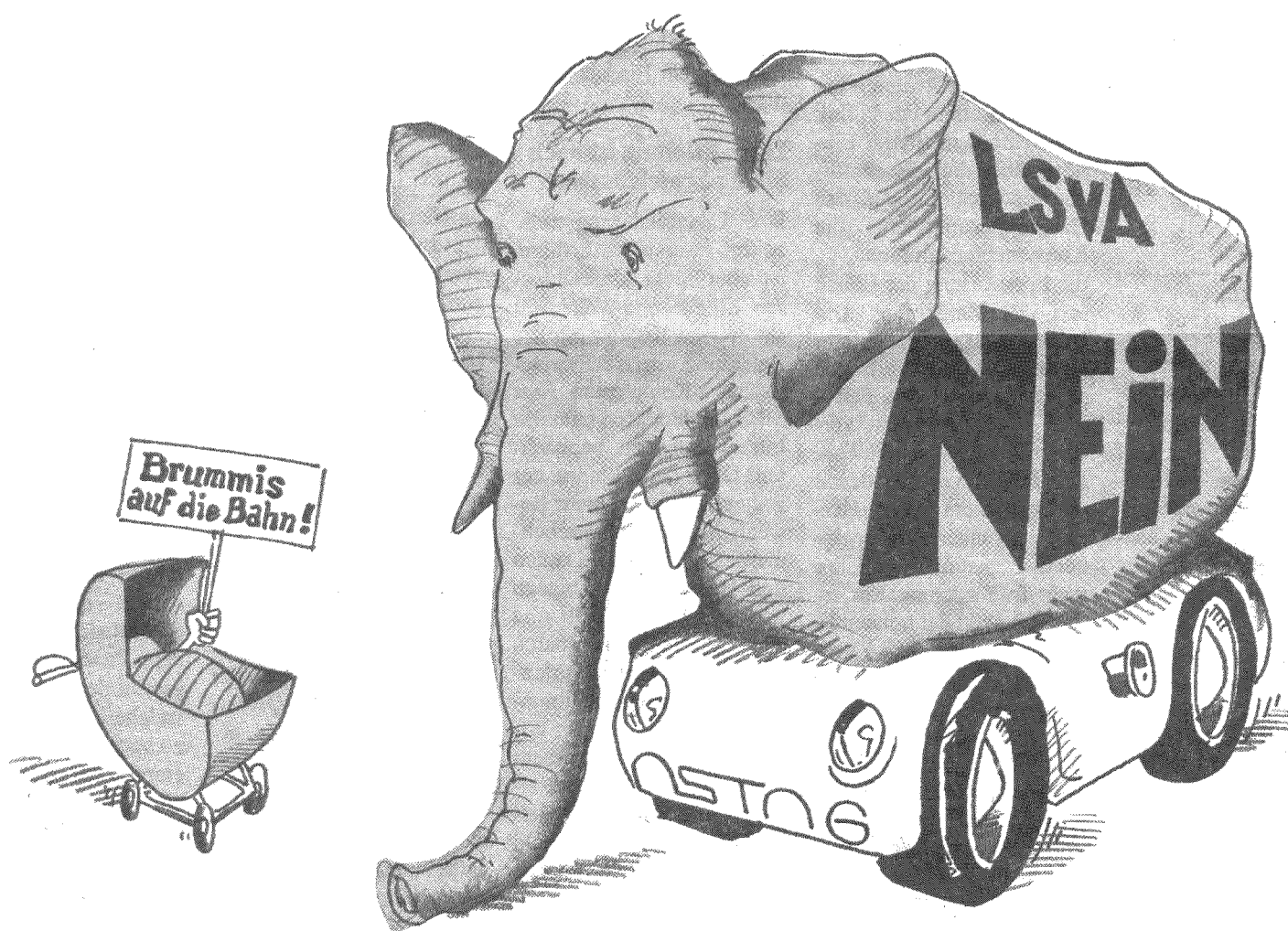
Philipp Müller,  
Reinach AG  
Initiant der eidg.  
Volksinitiative «Für eine  
Regelung der  
Zuwanderung»,  
FDP-Grossrat (AG)

fach nicht vorstellen, dass eine freisinnige Partei zu dieser LSVA Ha sagen könnte. Eine Steuer, die tatsächlich 500 Franken pro Familie und Jahr ausmacht, krass gegen den Volkswillen der Alpeninitiative verstösst und in einem grossen Ausmass Arbeitsplätze gefährdet, kann doch von einem Freisinnigen nicht geschluckt werden.

Gerne würde ich mehr indirekte Steuern bezahlen, aber nur bei gleichzeitiger Reduktion der direkten Steuern!

Bernhard Taeschler,  
Sarmenstorf

# Ungleiche Werbeflächen



Karikatur Andreas Töns

EINWANDERUNG  Die demographische Herausforderung

# Vom Jobwunder Schweiz zur neuen Einwanderung?

**Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz sinkt massiv, die Wirtschaft wächst endlich wieder. Die Zeit ist reif für eine Einschätzung der vergangenen Rezession und das Stellen einiger Fragen für die Zukunft. Die demographische Entwicklung dürfte im neuen Jahrtausend einen riesigen Arbeitskräftemangel zur Folge haben.**

FDP-PRESSECHIEF  
GUIDO SCHOMMER,  
BERN



Eigentlich spektakulär, was sich auf dem Arbeitsmarkt gegenwärtig abspielt. In nur sechzehn Monaten hat die Arbeitslosigkeit in der Schweiz um mehr als einen Drittel abgenommen, von einem Höchststand im Februar 1997 von 206 291 auf 130 779 Arbeitslose Ende Juni 1998. Die Zahl der (gemeldeten!) offenen Stellen nimmt zu, das Wirtschaftswachstum beträgt nicht mehr  $-0,1$  sondern  $+1$  bis  $2$  Prozent. In fast jedem anderen Staat spräche man angesichts einer solchen Entwicklung von einem Jobwunder. Natürlich werden alle Kritiker und Zauderer sofort Mässigung gebieten und die Konsolidierung des Aufschwungs abwarten, sie werden auf die gestiegene Zahl Ausgesteuerter hinweisen, sie werden die Asienkrise beschwören, sie werden die Unabwägbarkeiten der Boykottproble-

matik erwähnen, sie werden über den Ausgang der deutschen Wahlen rätseln usw. Ganz wegdiskutieren lässt sich der Aufschwung aber nicht.

## Politik kann nicht alles, aber auch nicht nichts

Natürlich wäre es verfehlt, den günstigen Ausgang der Rezession allein der Politik zuzuschreiben. Starke Einflüsse üben die wirtschaftliche Entwicklung auf den Hauptexportmärkten, die Konsumentenstimmung, die Entwicklung der Löhne und vieles mehr aus. Die Politik kann aber vor allem eines: Sie kann Vertrauen schaffen – im guten Fall – oder auch Vertrauen zerstören – im schlechten Fall. Die Politik von Bundesrat und Parlament hat die Herausforderungen der beginnenden neunziger Jahre recht früh erkannt. Ein erster Haupttakt der notwendigen wirtschaftlichen Flexibilisierung und Öffnung wurde mit der Ablehnung der EWR-Vorlage jedoch jäh zum Absturz gebracht. Trotzdem wurde im Anschluss daran die Dynamisierung von innen heraus versucht: Binnenmarktgesetz, Revision Kartellgesetz, Liberalisierung der Telekommunikation usw. sind nur Beispiele. Diese Vorlagen haben ein Stück weit Vertrauen aufgebaut. Fast wichtiger noch ist aber die Vermeidung negativer Signale. Solche auszusenden bestand häufig genug die Gefahr: Technologiefeindliche Initiativen wie Genverbot und Waffenexportverbot, Werbeverbote (Tabak und Alkohol), diverse Aus-

bau- und Verstaatlichungsprojekte im Sozialversicherungsbereich (sogenannte Volksinitiative «Für eine gesunde Krankenversicherung»). Alle diese Projekte der Behinderung der wirtschaftlichen Entfaltung wurden in Volksabstimmungen nicht zuletzt dank freisinnigem Einsatz gebodigt.

## Liberalisierung ist noch nicht abgeschlossen

Die Liberalisierungswelle zeitigt zwar erste Erfolge, ist aber nicht abgeschlossen. Eine zweite Welle rollt an: gegenwärtig ist mit der Zulassung intern schweizerischer Konkurrenz zur SRG auf dem Medienmarkt Interessantes zu beobachten. Die zweite Etappe der Bahnreform wird mehr Beweglichkeit und Unternehmensegeist von den Damen und Herren in den blauen und orangen Gwändli und den unverwechselbaren Bähnler-Krawatten verlangen. Die Strommarktliberalisierung steht zwar im Widerstreit der Interessengruppen, wird sich mittelfristig aber auch durchsetzen. Die – hoffentlich bald – endlich abgeschlossenen bilateralen Verträge bringen einen besseren und freieren Zugang zum europäischen Binnenmarkt und die Personenfreizügigkeit.

## In naher Zukunft droht Arbeitskräftemangel

Die Demographen pfeifen es schon lange von den Dächern: Die Schweiz läuft in eine äusserst problematische Situation hinein, wenn die geburtenstarken Nach-

kriegsjahrgänge ins Rentenalter übertreten (ab 2010). Das Referenzszenario, auf dem die Berichte der Interdepartementalen Arbeitsgruppen «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (IDA FiSo) beruhen, rechnet mit der Trendwende bei der Erwerbsbevölkerung im Jahre 2007 und danach mit einer Abnahme von rund einem halben Prozent jährlich. Noch verstärkt wird diese Problematik rund zwanzig Jahre später, wenn die Generation des Pillenkicks pensioniert wird (etwa ab 2030). Bei beiden Gelegenheiten nimmt das Verhältnis Erwerbstätige zu Rentnern schubweise ab. Dies gibt nicht nur für die Sozialversicherungen schier unlösbare Probleme. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich eine Mangelsituation ergeben, denn Rentnerinnen und Rentner konsumieren weiterhin Güter und Dienstleistungen. Diese müssen durch Erwerbstätige produziert beziehungsweise erbracht werden. Natürlich lässt sich ein Teil dieser Nachfrage durch Produktivitätssteigerung und zusätzliche Importe befriedigen. Ortsgebundene Dienstleistungen sind aber gerade für Rentnerinnen und Rentner kaum ersetzbar. Zu denken ist beispielsweise an die Personalbestände im Gesundheits- und Pflegewesen.

## Neue Einwanderung: Noch stärkere Integrationsanstrengungen notwendig

Die Schweiz hat in der Vergangenheit auf Arbeitskräf-

## ZUM THEMA

*In fast jedem anderen Staat spräche man angesichts einer solchen Entwicklung von einem Jobwunder.*

*Alle diese Projekte der Behinderung der wirtschaftlichen Entfaltung wurden in Volksabstimmungen nicht zuletzt dank freisinnigem Einsatz gebodigt.*

*Die Situation auf dem Arbeitsmarkt könnte eine solche «neue Einwanderung» nach sich ziehen. Verstärkte Integrationsanstrengungen sind jetzt gefragt.*

temangel mit einem grossen Kontingent an sogenannten «Fremdarbeitern» reagiert. In den sechziger und siebziger Jahren wurden auf diese Weise Hunderttausende vor allem aus Südeuropa in die Schweiz gelockt. Heute sind wir – weitgehend problemlos, was für eine grossartige Integrationsleistung spricht – auf einem Ausländerbestand von etwa neunzehn Prozent angelangt. Es gibt in der Schweiz Kreise, welche diesen Bestand als zu hoch und als Bedrohung empfinden. Diese Gefühle einfach zu ignorieren wäre unklug. Die Schweiz wird in Zukunft aber nicht darum herumkommen, mit der Personenfreizügigkeit mindestens den Personen aus der Europäischen Union praktisch ungehinderten Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt zu gewähren. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt könnte eine solche «neue Einwanderung» nach sich ziehen. Verstärkte Integrationsanstrengungen sind jetzt gefragt und rasch in die Wege zu leiten. Noch fehlen die Rezepte. ■